

Brosch.

6280



ARCHITEKTUR

ZWISCHEN

KUNST UND BÜROKRATIE

125 JAHRE
RINGSTRASSE





Publikationen des Österreichischen Staatsarchivs
herausgegeben von der Generaldirektion

AUSSTELLUNGSKATALOGE

BAND 13

ARCHITEKTUR
zwischen
KUNST und BÜROKRATIE

125 JAHRE RINGSTRASSE



Ausstellung des Österreichischen Staatsarchivs,
gestaltet vom
Allgemeinen Verwaltungsarchiv
1030 Wien, Nottendorfergasse 2

15. November 1990 bis Ende Juni 1991

Brno 1991

INHALTSVERZE

Berthold Waldstein-W	
1. <i>Andreas Cornaro</i> , 1	
Überblick	
Objektbeschreibung	
2. <i>Andreas Cornaro</i> , 1	
Objektbeschreibung	
3. <i>Helmut Karigl</i> , Der	
Objektbeschreibung	
4. <i>Lorenz Mikoletzky</i> ,	
Objektbeschreibung	
5. <i>Lorenz Mikoletzky</i> ,	
Objektbeschreibung	
6. <i>Michael Göbl</i> , Un	
Chemisches Institut	
Objektbeschreibung	
7. <i>Michael Göbl</i> , Adel	
straßenbau	
Objektbeschreibung	
8. <i>Margit Schwenden</i>	
sein Erweiterungsba	
Objektbeschreibung	
9. <i>Helmut Butta</i> , Das	
<i>Josef Fogerty</i> und Ja	
Objektbeschreibung	
Abbildungsverzeich	
Bildteil	

Herausgeber: Generaldirektion des Österreichischen Staatsarchivs (Nottendorfer Gasse 2, 1030 Wien).

Redaktion des Katalogs: Michael Göbl und Lorenz Mikoletzky (beide Allgemeines Verwaltungsarchiv, Nottendorfer Gasse 2, 1030 Wien).

Objektrestaurierungen: Restaurierwerkstätte des Österreichischen Staatsarchivs: Franz Antonicek (Leitung).

Photos: Photostelle des Österreichischen Staatsarchivs: Alexander Klomfar.

Einband: Gestaltung Michael Göbl.

Da alle ausgestellten Objekte aus den Beständen des Österreichischen Staatsarchivs/ Allgemeines Verwaltungsarchiv bzw. Allgemeines Verwaltungsarchiv/Verkehrsarchiv stammen, wurde bei der Zitierung des Archivs aus Gründen der Vereinfachung stets die Kurzform AVA bzw. AVA/VA gewählt.

Auch wurde bei den Verfassern auf die Anführung der akademischen Grade und der Amtstitel verzichtet.

Die Ausstellung, nach einer Idee von Michael Göbl, wurde von den Mitarbeitern des AVA gemeinsam gestaltet. Die Autoren sind für ihre Beiträge selbst verantwortlich.

Alle Rechte vorbehalten

1990

Druck und Verlag: Ferdinand Berger & Söhne Ges.m.b.H., 3580 Horn, Wiener Straße 80

INHALTSVERZEICHNIS

Berthold Waldstein-Wartenberg, Zum Geleit	7
1. Andreas Cornaro, Die Wiener Stadterweiterung. Ein geschichtlicher Überblick	9
Objektbeschreibungen	17
2. Andreas Cornaro, Der Stadtpark	21
Objektbeschreibungen	26
3. Helmut Karigl, Der Justizpalast	27
Objektbeschreibungen	30
4. Lorenz Mikoletzky, Die Votivkirche	31
Objektbeschreibungen	37
5. Lorenz Mikoletzky, Das Parlament	39
Objektbeschreibungen	44
6. Michael Göbl, Universitäts- und Unterrichtsbauten (Universität, Chemisches Institut, Maximiliansgymnasium)	47
Objektbeschreibungen	51
7. Michael Göbl, Adelsverleihungen im Zusammenhang mit dem Ring- straßenbau	55
Objektbeschreibungen	62
8. Margit Schwendenwein, Das Museum für Kunst und Industrie und sein Erweiterungsbau von Ludwig Baumann	65
Objektbeschreibungen	69
9. Helmut Butta, Das Projekt einer Wiener Gürtelbahn (Stadtbahn) von Josef Fogerty und James Bunton	71
Objektbeschreibungen	73
Abbildungsverzeichnis	75
Bildteil	77

ndorfer

meines

rchivs:

rchivs/

sarchiv

tets die

nd der

ern des

lich.

raße 80

Zum Geleit

Das Allgemeine Verwaltungsarchiv stellt erstmalig eine Auswahl seiner reichen Bestände einer breiten Öffentlichkeit vor. Anlaß war das 125. Jahr der Wiederkehr der Eröffnung der Wiener Ringstraße, wobei die Archivbeamten bestrebt waren, alle im Allgemeinen Verwaltungsarchiv verwahrten Bestände möglichst gleichmäßig heranzuziehen.

Es braucht nicht eigens betont zu werden, daß die ausgestellten Exponate nur einen geringen Bruchteil des vorhandenen Materials darstellen. Die Akten des Allgemeinen Verwaltungsarchivs beginnen mit den Beständen der Hofkanzlei und den Reichsadelsakten etwa um das Jahr 1500 und erstrecken sich über die Nachfolgebehörden, den Ministerien der österreichischen Reichshälfte, bis zum Jahre 1918, in Ausnahmefällen (Unterrichts- und Justizministerium) sogar bis etwa 1940. Entsprechend der historischen Ausdehnung der Territorien der österreichischen Monarchie betreffen sie auch die Länder Böhmen, Mähren und Galizien im Norden, sowie Krain, Istrien, Dalmatien und die Lombardei im Süden. Diese Akten stellen wertvolle Quellen für die Geschichte dieser Länder dar und werden daher von ausländischen Forschern häufig für ihre Studien eingesehen. Die Reichsakten, die oft eine wichtige Quelle zur Personengeschichte darstellen, betreffen Persönlichkeiten aus dem gesamten Bereich des einstigen Heiligen Römischen Reiches, aber auch Spaniens und umfassen daher fast ganz Europa.

Hofrat Dr. Berthold WALDSTEIN-WARTENBERG
Direktor des Allgemeinen Verwaltungsarchivs

1. DIE WIENER STADTERWEITERUNG GESCHICHTLICHER ÜBERBLICK

Die Anlage der Ringstraße und der Bauten in ihrem Bereich war das große städtebauliche Ereignis Wiens in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts, obwohl es im Verhältnis zu dem Hinauslangen des städtischen Weichbildes in die Vororte und über die Donau nur eine relativ kleine Fläche betraf. Trotz aller stilistischen und sonstigen Differenzen unter den beteiligten Künstlern schuf es ein künstlerisches Ensemble, das charakteristisch für die danach als Ringstraßenzeit bezeichnete Epoche und vorbildhaft für die Bauten in allen Teilen der Monarchie war. Nur aus den historischen Voraussetzungen und Anfängen des Unternehmens ist zu verstehen, daß sich diese sogenannte „Stadterweiterung“ um eine Straße konzentrierte, die genaugenommen nirgends hinführt, und daß weiters die Durchführung auch in der Zeit des Liberalismus immer unter der alleinigen Leitung der staatlichen Bürokratie blieb, wodurch die einheitliche Gestaltung in einer Epoche großer Bauherrenwillkür immer gesichert war.

Der als Ergebnis der Erweiterung Wiens aus dem römischen Stadtkern unter den Babenbergern zu Beginn des 13. Jahrhunderts entstandene Mauerring hat den Umfang der Stadt für die nächsten sieben Jahrhunderte bestimmt. 1529 konnte diese mittelalterliche Mauer nur mit Mühe dem Angriff Solimans standhalten, weshalb es bei der anhaltenden Türkengefahr nötig war, sie in eine moderne bastionierte Befestigung umzubauen. Da sich die Stadt nach anfänglichen Versuchen zu dieser Aufgabe außerstande erklärte, mußte sie vom Kaiser aus den Steuern seiner Erblande und Beiträgen des Reiches durchgeführt werden. Sie war erst 1672 endgültig abgeschlossen. Die Stadt war nun ganz umgeben von einer gemauerten Kurtine mit Basteien, ergänzt durch ein System von Gräben und Erdwerken. Vor diesem Befestigungssystem lag das Glacis, eine der Reichweite der damaligen Geschütze entsprechende offene Schußfläche. Wien war damit damals zu einer modernen starken Festung geworden, die 1683 in der zweiten Türkenbelagerung ihre Feuerprobe bestand, aber das komplizierte Befestigungssystem fixierte den Umfang der Stadt viel mehr als einst die leicht zu erweiternden mittelalterlichen Stadtmauern.

Dagegen entstanden nach 1683 alsbald die bei der Türkenbelagerung zerstörten Vorstädte am Rand des unverbaut bleibenden Glacis von neuem und wuchsen den Radialstraßen entlang nach außen. Zu Beginn des 18. Jahrhunderts wurden sie zum Schutz vor den Kuruzzenstreifscharen Rákóczis mit dem Linienwall umgeben. Während des 18. Jahrhunderts fand der Bevölkerungszuwachs der Metropole meistens seinen Platz in den noch freien Räumen der Vorstädte, denn in der engverbauten inneren Stadt konnte damals zusätzlicher Wohnraum – abgesehen von den Verbauungen der Klostergärten unter Joseph II. – nur durch Aufstockung oder durch Basteihäuser geschaffen werden. Aus ursprünglich behelfsmäßigen, im Falle einer feindlichen Bedrohung

rasch zu entfernenden Unterkünften für die Stadtguardi entstanden nämlich in der langen Friedensepoche allenthalben auf dem Baukörper der Befestigung aufsitzende gemauerte Wohnhäuser für die Zivilbevölkerung, ja zuletzt sogar Palais, wie die Albertina oder das Coburgpalais.

Da die Türkengefahr gebannt war, gab es zwar schon im 18. Jahrhundert Vorschläge die Festungswerke zu beseitigen und die Innenstadt mit den Vorstädten zusammenwachsen zu lassen, jedoch blieb der Festungscharakter Wiens bis Anfang des 19. Jahrhunderts unverändert. Damals aber erwiesen sich die inzwischen veralteten Befestigungen Napoleon gegenüber ungenügend, der die Stadt zweimal ohne Schwierigkeiten einnahm. 1809 sprengten die Franzosen vor ihrem Abzug die Burgbastei und die anschließenden Befestigungen.

1817 hob daher Kaiser Franz Wien als Festung auf und erklärte es bloß zu einer „geschlossenen Stadt“. Die Mauern wurden zwar wiederhergestellt, die Grabenbefestigungen aber aufgelassen, wobei das Glacis an Fläche gewann. Vor der Hofburg wurden die Mauern mit dem neubauten Burgtor weit in das Glacis vorgeschoben, wodurch statt der demolierten Burgbastei der heutige Heldenplatz und als seitliche Begrenzung zwei Parkanlagen an Stelle der ehemaligen Zwischenwerke angelegt werden konnten.

Das war die einzige Erweiterung, die an dem Mauerring des 16. Jahrhunderts tatsächlich vorgenommen wurde. Im Laufe der nächsten vier Jahrzehnte wurden, verursacht durch die in der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts allgemein beklagte Wohnungsnot in Wien, wiederholt von verschiedenen Seiten Projekte von Stadterweiterungen vorgeschlagen, aber nichts davon realisiert. Die Projekte setzten die Mauern der Inneren Stadt als selbstverständlich voraus, die sie an einer günstigen Stelle ein Stück auf das Glacis vorschieben wollten, um Grund für neue Bauten zu gewinnen. Der wichtigste dieser Planer war der Architekt und Gründer der „Allgemeinen Bauzeitung“ Prof. Christian Friedrich Förster, der acht verschiedene Projekte ausarbeitete und die Notwendigkeit einer Stadterweiterung der Öffentlichkeit bewußt machte.

Entscheidend für das Fortifikationsgelände sollte die auf 1848 folgende Periode des Neoabsolutismus werden. Obwohl die Festungswerke in den Kämpfen des Revolutionsjahres sich nicht sonderlich bewährt hatten, wollten die Militärbehörden nicht auf sie verzichten; nicht mehr zur militärischen Verteidigung gegen einen äußeren Feind, sondern als Rückhalt der Truppen bei inneren Unruhen, um die Innenstadt nötigenfalls abzusperren oder gegen Insurgenten aus den Vorstädten zu behaupten. Besser als die veralteten Bastionen erschien für diesen Zweck damals allerdings ein System von als Bollwerken angelegten sogenannten Defensionskasernen und tatsächlich wurde 1854–57 auf der Dominikaner- und der ihr benachbarten Biberbastei eine solche unter dem Namen Franz-Josephs-Kaserne erbaut. Andauernde Verhandlungen der Ministerien des Handels und der Finanzen mit den Militärbehörden wegen Erweiterung der inneren Stadt auf die Glacisgründe führten zu keinem praktischen Ergebnis. Die einzige damals zustandegekommene Verbaugung am Glacis erfolgte an der Vorstadtseite. 1853 wurde der militärärarische Grund entlang

der Alservorstadt pa
den folgenden Jahre
schen der Berggasse
gebildet hatte, und
schleppend vor sich,
Stadterweiterung di
Inneren Stadt wartet
Nutzung des Glacis
die zu errichtende Ve

1856 riß der Innen
tendste und einfluße
einer Stadterweiteru
ausschließlich besch
weitgehend aus. Sei
Lasser von Zollheim
Sektionsrat Dr. Fran
seine Ideen gewonne
handlungen durch M
ausarbeiten, das sch
Wille...“ am 20. Dez
bart wurde und de
(Kat. Nr. 1/4).

Das im Kreis um Ba
gen dieses Handschre
gen sollen die Befest
tionsareal verbaut we
eine Gemeinde bilde
Gassengewirr der Al
Donaukanal, einen im
Boulevard von 40 Kla
Nebenstraßen geglied
und eine Reihe von ne
werden. Auf Einfluß
zurückzuführen, daß
erbaut werden und da
Burgtor und auf dem

Interessant ist Bach
bei der infolge des 1
Staates. Im Gegensatz
Freiherrn von Bruck, c
sollen nun die dabei a
Finanzministerium un
der aus dem Erlös de
speist wird.

der Alservorstadt parzelliert und als Baugrund feilgeboten. Es entstanden in den folgenden Jahren unter dem Namen „Neu-Wien“ die Häuserblöcke zwischen der Berggasse, die bisher die Grenze zwischen Vorstadt und Glacis gebildet hatte, und der heutigen Türkenstraße. Der Verkauf ging aber sehr schleppend vor sich, da bei den ständigen Gerüchten über eine bevorstehende Stadterweiterung die Baulustigen auf die bevorzugten Baugründe bei der Inneren Stadt warteten. Ein viel auffallenderer Schritt zur nichtmilitärischen Nutzung des Glacis geschah 1855, als auf dessen Fläche vor dem Schottentor die zu errichtende Votivkirche ihren Bauplatz erhielt (Kat. Nr. 1/1 und 1/2).

1856 riß der Innenminister Alexander Freiherr von Bach, damals das bedeutendste und einflußreichste Mitglied der Regierung, die Initiative in der Frage einer Stadterweiterung an sich und bootete die vorher mit diesem Problem ausschließlich beschäftigten Militärbehörden und das Finanzministerium weitgehend aus. Seine wichtigsten Mitarbeiter in dieser Sache waren Josef Lasser von Zollheim, der spätere Innenminister im Kabinett Auersperg, und Sektionsrat Dr. Franz Matzinger (Kat. Nr. 7/7). Nachdem Bach den Kaiser für seine Ideen gewonnen hatte, ließ er während des Jahres 1857 in langen Verhandlungen durch Matzinger den Text eines kaiserlichen Handschreibens ausarbeiten, das schließlich mit der bekannten Einleitung „Es ist Mein Wille...“ am 20. Dezember ganz überraschend für die Öffentlichkeit verlautbart wurde und den tatsächlichen Beginn der Ringstraßenzeit bedeutet (Kat. Nr. 1/4).

Das im Kreis um Bach entwickelte Programm spiegelt sich in den Anordnungen dieses Handschreibens wieder. Abweichend von den bisherigen Vorstellungen sollen die Befestigungen völlig aufgelassen und das gesamte Fortifikationsareal verbaut werden, sodaß Innere Stadt und Vorstädte – die seit 1850 eine Gemeinde bildeten – zusammenwachsen. Im Gegensatz zu dem engen Gassengewirr der Altstadt soll dieses Gelände durch einen breiten Kai am Donaukanal, einen im Anschluß an diesen rings um die innere Stadt geführten Boulevard von 40 Klaftern Breite und regelmäßige mindestens 8 Klafter breite Nebenstraßen gegliedert, dabei aber Plätze für Gartenanlagen, Markhallen und eine Reihe von namentlich aufgezählten öffentlichen Gebäuden reserviert werden. Auf Einfluß von Seiten des Militärs sind noch die Bestimmungen zurückzuführen, daß bei der Augartenbrücke eine zweite Defensionskaserne erbaut werden und das Glacisgelände bei der Franz-Josephs-Kaserne, vor dem Burgtor und auf dem Paradeplatz unverbaut bleiben soll.

Interessant ist Bachs Idee für die Finanzierung dieses großen Unternehmens bei der infolge des Krimkrieges sehr angespannten finanziellen Lage des Staates. Im Gegensatz zu den Anschauungen des Finanzministers Karl Ludwig Freiherrn von Bruck, der dazu ein Kapitalistenkonsortium heranziehen wollte, sollen nun die dabei anfallenden staatlichen Ausgaben aus einem eigenen von Finanzministerium und dem defizitären Budget unabhängigen Fonds erfolgen, der aus dem Erlös der Baugrundverkäufe in der Stadterweiterungszone gespeist wird.

Im Jänner 1858 wurde ein Konkurs zur Erlangung eines Planes für die Verbauung des gesamten Stadterweiterungsgeländes entsprechend den im Handschreiben genannten Forderungen ausgeschrieben (Kat. Nr. 1/5), der in der Öffentlichkeit großes Interesse erregte. Es wurden bis zum Herbst insgesamt 85 Projekte eingereicht (Kat. Nr. 1/6). Die aus Vertretern der Ministerien und unabhängigen Fachleuten zusammengesetzte Jury verteilte die drei ausgeschriebenen Preise ex aequo an die Projekte von Förster, von dem damals in Wien führenden Architektenteam Eduard van der Nüll und August Sicard von Sicardsburg, sowie vom Architekten Friedrich August Stache, dem späteren Gründer des Wiener Künstlerhauses. Außerdem wurden noch einige Projekte, die originelle, aber nicht im Programm vorgesehene Ideen enthielten, durch zusätzliche Belohnungen ausgezeichnet, darunter das des k. k. Landesbaudirektors der Steiermark Martin Kink (Kat. Nr. 1/7, 1/8, 1/9), der den Ringstraßenbau mit einer Donauregulierung zu kombinieren und die Stadtausweitung dorthin zu lenken vorschlug, und des Generaldirektors der königlich-preussischen Hofgärten Peter Josef Lenné, der das Fortifikationsareal als Gartenzone ausgestalten wollte, durch die die Ringstraße sich in malerischen, aber verkehrsbehindernden Windungen schlängeln sollte.

Da keines der ausgezeichneten Projekte zur direkten Ausführung entsprechend befunden wurde, wurde unter Heranziehung der Preisträger eine neue Kommission gebildet, die aus den vorliegenden Projekten einen Kompromiß ausarbeitete, der dem Kaiser mit a. u. Vortrag vom 17. 5. 1859 unterbreitet wurde (Kat. Nr. 1/10). Durch den damals ausbrechenden Krieg mit Frankreich in Oberitalien wurde die kaiserliche EntschlieÙung darüber verzögert, erst am 8. Oktober erhielt der noch in einigen Punkten nach Wünschen Franz Josephs modifizierte Grundplan für die Gestaltung des Stadterweiterungsgeländes die kaiserliche Genehmigung. In diesem Grundplan ist die genaue Trasse der Ringstraße endgültig festgelegt, in der anschließenden Verbauung gab es im Lauf der nächsten Jahrzehnte natürlich noch viele Veränderungen (Kat. Nr. 1/11).

Der verlorene Krieg gegen Napoleon III. im Jahre 1859 bedeutete das Ende des Neoabsolutismus und hatte im August den Rücktritt des Innenministers Bach zur Folge. Die Stadterweiterung war ein spezielles Anliegen Bachs gewesen, der an den betreffenden Sitzungen oft persönlich teilgenommen hatte. Sein Nachfolger Goluchowski hatte dafür kein persönliches Interesse, aber Bachs Mitarbeiter Lasser und Matzinger waren noch tätig und konnten die staatliche Oberleitung und die Fondsfinanzierung gegen die nun einsetzenden Angriffe bewahren. Als Rivale traten nun nicht mehr wie unter Bach Militär und Finanzministerium auf, sondern die Stadt Wien, bei der man der Meinung war, daß nach der Gemeindeordnung von 1850 die ganze Stadterweiterung eigentlich in die Kompetenz der Gemeinde gehöre. Die entscheidende Stelle bei diesem Unternehmen war aber inzwischen der noch unter Bach gegründete Stadterweiterungsfonds geworden, an den mit kaiserlicher EntschlieÙung vom 14. 5. 1859 der bisher dem Militärärar gehörende gesamte Fortifikationsgrund übertragen worden war. Da der Fonds somit für Verkauf

bzw. Abtretung von scheidenden Einfluß Verbauung nach dem Umweg die Leitung sich erbot gegen einen Baugrund dem allmählich veräußert Kaiser zunächst auf Gemeinde – 12 Mill. flich erzielte Kaufverbleib, übertrug Franz deverkauf und die L Innenministerium. Dele dieses Ministeriumdigte und 1905 sogar

Da die Gemeinde r bestritt sie nunmehr Gründe. Man behaupt der Stadt gehört habe rechtmäßigerweise wi Ansicht staatlichersei weiterhin vertreten u immer wieder neu vor

Zu den ersten Aufga Finanzierung der Schl bereits im März 1858 e allseits abgeschlossen nach Ablöse der darauf re Aufgabe des Fonds Gebäuden, die auf nac Rand der Altstadt lager lichkeit vermieden, die ausschauend jede Geleg tauschen. Um erhöhte I den dabei später vom S geschoben. Zum Fonds vermietete, zum später verdankt schließlich das auf dem Rest der Mölke zum 1. Weltkrieg nicht in den Notzeiten währ -neubauten nicht in Fra Ansichten das Ensembl

Die Flächen der nach Bedarf in den Besitz der

bzw. Abtretung von Baugründen zuständig war, hatte er natürlich den entscheidenden Einfluß auf die Durchführung bzw. eventuelle Abänderungen der Verbauung nach dem Grundplan. Die Gemeinde suchte zunächst auf einem Umweg die Leitung des Unternehmens in die Hand zu bekommen, indem sie sich erbot gegen eine Pauschalsumme den gesamten zur Veräußerung bestimmten Baugrund dem Stadterweiterungsfonds abzulösen, den sie dann selber allmählich verkaufen wollte. Auf Anraten des Finanzministeriums war der Kaiser zunächst auf diesen Vorschlag eingegangen, da aber das Angebot der Gemeinde – 12 Mill. fl für auf ca. 40 Mill. fl geschätzte Baugründe, der tatsächlich erzielte Käuferlös war dann sogar insgesamt über 66 Mill. fl – zu gering blieb, übertrug Franz Joseph mit Entschliebung vom 29. 4. 1860 den Baugründeverkauf und die Leitung der Stadterweiterungsarbeiten endgültig an das Innenministerium. Der Stadterweiterungsfonds war damit zu einer Nebenstelle dieses Ministeriums geworden, die sich im Lauf der Zeit etwas verselbständigte und 1905 sogar einen eigenen Zahlenstock für ihre Akten erhielt.

Da die Gemeinde mit ihrem Ablösevorschlag keinen Erfolg gehabt hatte, bestritt sie nunmehr dem Staat überhaupt das Verfügungsrecht über diese Gründe. Man behauptete, daß das gesamte Fortifikationsareal ursprünglich der Stadt gehört habe und nun, da es nicht mehr vom Militär benötigt werde, rechtmäßigerweise wieder in ihren Besitz zurückfallen müsse. Obwohl diese Ansicht staatlicherseits zurückgewiesen wurde, wurde sie im Gemeinderat weiterhin vertreten und in den folgenden Jahrzehnten bei jeder Differenz immer wieder neu vorgebracht.

Zu den ersten Aufgaben des Stadterweiterungsfonds zählte naturgemäß die Finanzierung der Schleifung der Festungswerke. Die Demolierungen wurden bereits im März 1858 am Rotenturmtor begonnen und waren 1874 im Prinzip allseits abgeschlossen (Kat. Nr. 1/12). Vielfach konnten Befestigungen erst nach Ablöse der darauf errichteten Basteihäuser demoliert werden. Eine weitere Aufgabe des Fonds war daher die Einlösung von Basteihäusern und von Gebäuden, die auf nach dem Grundplan zu regulierenden Grundstücken am Rand der Altstadt lagen. Hierbei wurden gerichtliche Enteignungen nach Möglichkeit vermieden, die sparsamen Fondsbeamten benützten vielmehr weitvorausschauend jede Gelegenheit um solche Häuser billig zu erstehen oder einzutauschen. Um erhöhte Forderungen von Althausbesitzern zu vermeiden, wurden dabei später vom Stadterweiterungsfonds gelegentlich Strohmänner vorgeschoben. Zum Fondsvermögen gehörten daher ständig auch einstweilen vermietete, zum späteren Abbruch bestimmte Althäuser. Diesem Vorgehen verdankt schließlich das einzige noch bestehende Ensemble von Basteihäusern auf dem Rest der Mülkerbastei seine Erhaltung. Es war dem Fonds nämlich bis zum 1. Weltkrieg nicht gelungen alle dort befindlichen Althäuser zu erwerben, in den Notzeiten während und nach dem Krieg kamen Hausabbrüche und -neubauten nicht in Frage, 1923 wurde dann unter geänderten künstlerischen Ansichten das Ensemble unter Denkmalschutz gestellt.

Die Flächen der nach dem Grundplan zu errichtenden Straßen wurden nach Bedarf in den Besitz der Gemeinde übertragen, die sie dann zu pflastern und zu

kanalisieren hatte. Die Gemeinde wollte diese Aufgabe zwar anfangs dem Stadterweiterungsfonds zuschieben, mußte sie aber schließlich doch selbst übernehmen. Doch erlangte sie zu ihren Ausgaben für Straßenanlagen im Stadterweiterungsgebiet jeweils Beiträge vom Fonds (Kat. Nr. 1/14).

Die Haupteinnahmequelle des Stadterweiterungsfonds war naturgemäß der Verkauf von Bauparzellen für Privatbauten. Für staatliche und städtische Bauten oder für Privatbauten zu kulturellen Zwecken – Handelsakademie, Künstlerhaus, Lokal des Schriftstellervereins Concordia etc. – wurde der Baugrund ja umsonst oder zu ermäßigtem Preis abgetreten. Um die Baulust anzukurbeln, war 1859 für Neubauten auf dem Glacisgrund gesetzlich eine 30jährige Steuerfreiheit gewährt worden. Auf Protest der Gemeinde, deren Einnahmen u. a. in städtischen Zuschlägen zur staatlichen Hauszinssteuer bestanden, wurde ab 1861 die Befreiung von diesen städtischen Zuschlägen auf 10 Jahre verringert. Als Käufer traten anfangs die zukünftigen Bauherren selbst auf, weshalb die Verkäufe sich meist nur auf eine Parzelle erstreckten. In der sogenannten Gründerzeit kam es aber zur Blüte der Baugesellschaften, die gleichzeitig mehrere Parzellen erwarben, verbauten und erst die fertigen Häuser einzeln zu veräußern suchten. Ihre Tätigkeit artete bald in wilde Bodenspekulation aus, sie kauften oft weitere Grundflächen ohne überhaupt über Kapital für die Bauausführung zu verfügen. Der Börsenkrach von 1873 beendete dieses Treiben, mehrere Baugesellschaften fallierten und der Stadterweiterungsfonds mußte 23 verkaufte, aber noch nicht bezahlte Baustellen wieder zurücknehmen. In den folgenden Jahrzehnten spielten Bodenspekulationen im Ringstraßenbereich keine merkliche Rolle mehr.

Der über fünf Jahrzehnte umfassende Ablauf der Verbauung der Ringstraßenzone läßt sich bei einem Überblick in drei Perioden gliedern. In der ersten wurden zunächst die noch freien Parzellen von Neu-Wien, dann Parzellen beim Donaukanal im Salzgiesviertel und entlang der Ringstraße vom Opern- bis zum Parkring verkauft. Am 1. Mai 1865 wurde die provisorisch fertiggestellte und mit Alleebäumen bepflanzte Ringstraße vom Kaiser feierlich eröffnet (Kat. Nr. 1/3). An monumentalen staatlichen Bauten wurden in dieser Epoche außer dem Österreichischen Museum am Stubenring und der zweiten Defensionskaserne – heute Rossauer-Kaserne – vor allem die damals sehr umstrittene Oper errichtet.

Die zweite Periode beginnt 1867 mit dem wirtschaftlichen Aufschwung der Gründerzeit, in der ein Großteil der Baugründe am Schottenring und die Restparzellen vom Opern- bis Parkring veräußert wurden und 1870 der absolute Höhepunkt an Verkäufen erreicht wurde. Diese Hochkonjunktur brach 1873 abrupt ab, in den nächsten Jahren herrschte absolute Flaute an Verkäufen. Betreffend die öffentlichen Bauten wurde diese Periode durch zwei bedeutende Abänderungen des Grundplanes eingeleitet. 1868 wurde der bisher dem Militär reservierte Paradeplatz zwischen Alserstraße und Volksgarten aufgegeben und vom Stadterweiterungsfonds dem Kriegsminister abgelöst, 1870 seine Verbauung mit den im Dreieck angeordneten Monumentalbauten des Parlaments, des

Neuen Rathauses und Jahrzehnten ausgefüllt des Rathauses und in die Votivkirche gesch. den 80er Jahren erm. Anfang dieser Perio. Gottfried Semper und Folge die beiden Hof

Die dritte Periode zehnt durchgeführte die die Ringstraßen veränderte, und die ring gekennzeichnet. 1900 das Wohnvierte unverbauten Glacisfl. Monumentalbau das

Damit war unmittelstaltung der Ringstrahlierung der Mölkerba 1918 nicht wieder auf wieder ein Angriff d bisher ihre Besitzans 18. und beginnenden meinde jetzt nach de nehmen zu müssen. Er de vom Staat nicht n sondern auch die Üt überdies als Entschäc schiedener staatlicher gegen diese übersteig Kretschmayr, des Dire rische Gutachten ausa Stadtmauer der Baben herz und den Basteiau im 16. Jahrhundert na Besitz des Fortifika (Kat. Nr. 1/13). Dem V de durch Aufstellunge gen, darunter insbesor träge zu Gunsten der weiterungsfonds, dess Althäuser reduziert w Republik als staatlich schaft sein Ende.

Neuen Rathauses und der Universität beschlossen und in den folgenden zwei Jahrzehnten ausgeführt. Hierbei konnte eine Reihe neuer Parzellen beiderseits des Rathauses und in dem bisher für die Universität vorgesehenen Raum um die Votivkirche geschaffen werden, die eine weitere Grundverkaufstätigkeit in den 80er Jahren ermöglichte. Weiters wurde für den Raum vor der Hofburg zu Anfang dieser Periode die Anlage des Kaiserforums nach den Plänen von Gottfried Semper und Karl Hasenauer (Kat. Nr. 7/4) beschlossen und dem zu Folge die beiden Hofmuseen und das neue Burgtheater errichtet.

Die dritte Periode beginnt etwa 1890. Sie ist durch die im folgenden Jahrzehnt durchgeführte Regulierung des Wienflusses und den Bau der Stadtbahn, die die Ringstraßenzone im Bereich Karlsplatz bis Stadtpark nicht wenig veränderte, und die Auflassung der Franz-Josephs-Kaserne auf dem Stubenring gekennzeichnet. Auf dem Gelände der demolierten Kaserne entstand nach 1900 das Wohnviertel um das Postsparkassengebäude, auf der dort bisher unverbauten Glacisfläche zwischen Ringstraße und Wienfluß wurde als letzter Monumentalbau das Kriegsministerium errichtet.

Damit war unmittelbar vor dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges die Ausgestaltung der Ringstraßenzone praktisch abgeschlossen. Die noch offene Regulierung der Mülkerbastei und der Ausbau der Neuen Hofburg wurden nach 1918 nicht wieder aufgenommen. Den Abschluß der Ringstraßenepoche bildete wieder ein Angriff der Gemeinde auf den Stadterweiterungsfonds. Waren bisher ihre Besitzansprüche auf Grund kaiserlicher Entscheidungen aus dem 18. und beginnenden 19. Jahrhundert abgewiesen worden, so glaubte die Gemeinde jetzt nach dem Ende der Monarchie darauf keine Rücksicht mehr nehmen zu müssen. Entsprechend einem Gemeinderatsbeschluß von 1919 wurde vom Staat nicht nur die Auslieferung des vorhandenen Fondsvermögens, sondern auch die Übergabe der auf Fondskosten errichteten Bauten und überdies als Entschädigung für die verkauften Parzellen die Abtretung verschiedener staatlicher Gebäude und Grundstücke verlangt. Der Fonds ließ gegen diese übersteigerten Forderungen unter der Ägide von Prof. Heinrich Kretschmayr, des Direktors des Archives des Innenministeriums, einige historische Gutachten ausarbeiten, in denen zurückgehend bis auf die Erbauung der Stadtmauer der Babenbergerzeit aus dem Lösegeld von König Richard Löwenherz und den Basteiausbau und die Ablöse der Glacisgründe durch den Kaiser im 16. Jahrhundert nachgewiesen wird, daß die Ansprüche der Stadt auf den Besitz des Fortifikationsareals jeder rechtlichen Grundlage entbehrten (Kat. Nr. 1/13). Dem Vorwurf von Verschleuderung des Fondsvermögens wurde durch Aufstellungen der vom Fonds bis zum Weltkrieg erbrachten Leistungen, darunter insbesondere die kostenlosen Abtretungen und finanziellen Beiträge zu Gunsten der Gemeinde Wien, begegnet (Kat. Nr. 1/14). Der Stadterweiterungsfonds, dessen Vermögen freilich durch die Inflation auf einige Althäuser reduziert worden war, bestand daher auch während der Ersten Republik als staatliche Institution weiter und fand erst durch die NS-Herrschaft sein Ende.

QUELLEN

AVA, Akten des Stadterweiterungsfonds.
AVA, k. k. Ministerium des Inneren, Präsidiale, Signatur 11/1.

LITERATUR

FRANZ VALEZARER, ALFRED HOFFMANN, HANNO STREKL, *Wirtschaft und Gesellschaft der Wiener Stadterweiterung (= Die Wiener Ringstraße - Bild einer Epoche V*, Wiesbaden 1976).

Elisabeth SPRINGER *Geschichte und Kulturleben der Wiener Ringstraße (= Die Wiener Ringstraße - Bild einer Epoche II*, Wiesbaden 1979).

Renate WAGNER-RIEGER *Wiens Architektur im 19. Jahrhundert* (Wien 1970).

Kurt MOLIK - Hermann REINING - Rudolf WURZER *Planung und Verwirklichung der Wiener Ringstraßenzone (= Die Wiener Ringstraße - Bild einer Epoche III/Text*, Wiesbaden 1980).

OBJEKTDESCHEIBU

1/1
Vergleichender Plan der
mit denen aus der Zeit

In die nach den Kataster
Glacis nach dem Stand
dem Stand von 1792 ein
und nachnapoleonische
Stelle des breiten, bast
Kurtinen und Basteien s
me der Erweiterung vor
wo die Biber- und Domi
erweitert wurden. Auf d
die beginnende Verbau
Lithographierte Karte
170 x 175 cm.
AVA, Plansammlung.

1/2
Plan der Inneren Stadt
Farbdruck, 71 x 98 cm.
AVA, Plansammlung.

1/3
Feierlichkeiten bei der I
Das Kaiserpaar im Wag
dem Burgtor begrüßt.
Photokopie nach Holzsc

1/4
Kaiserliches Handschrei
schönerung und Erweite
Da der Text dieses Han
ganze Programm der Sta
chen Exemplaren vervie
ten etc. zugeteilt zu we
Justizpalastbrand vernic
Vervielfältigte Abschrift
AVA, Stadterweiterungs

1/5
Protokoll der Sitzung v
schreibung zur Erlangu
Reichshaupt- und Reside

OBJEKTDESCHEIBUNGEN

1/1

Vergleichender Plan der Festungswerke von Wien bei Beginn der Demolierung mit denen aus der Zeit vor Napoleon.

In die nach den Katasteraufnahmen gedruckte Karte der Inneren Stadt und des Glacis nach dem Stand von 1858 sind mit der Hand die Festungswerke nach dem Stand von 1792 eingetragen. An Unterschieden der Befestigungen der vor- und nachnapoleonischen Zeit fällt der einfache, relativ schmale Graben an Stelle des breiten, bastionierten alten Grabensystems auf. Die gemauerten Kurtinen und Basteien sind dagegen meist unverändert geblieben mit Ausnahme der Erweiterung vor der Hofburg nach 1817 und an der NO-Ecke der Stadt, wo die Biber- und Dominikanerbastei für den Bau der Franz-Josephs-Kaserne erweitert wurden. Auf dem Glacis vor dem Schottentor ist die Votivkirche und die beginnende Verbauung von Neu-Wien zu sehen.

Lithographierte Karte mit handgezeichneten und kolorierten Eintragungen, 170 × 175 cm.

AVA, Plansammlung.

1/2

Plan der Inneren Stadt mit Festungsanlagen im Jahre 1829.

Farbdruck, 71 × 98 cm.

AVA, Plansammlung.

1/3

Feierlichkeiten bei der Eröffnung der Ringstraße am 1. Mai 1865.

Das Kaiserpaar im Wagen wird von Bürgermeister Zelinka am Festplatz vor dem Burgtor begrüßt.

Photokopie nach Holzschnitt in „Waldheims Illustrierte Blätter“, 1865, S. 148.

1/4

Kaiserliches Handschreiben vom 20. Dezember 1857 wegen Regulierung, Verschönerung und Erweiterung der Stadt Wien („Es ist Mein Wille . . .“).

Da der Text dieses Handschreibens in zahlreichen Einzelbestimmungen das ganze Programm der Stadterweiterung umfaßt, wurde die Abschrift in zahlreichen Exemplaren vervielfältigt, um daran interessierten Behörden, Architekten etc. zugeteilt zu werden. Das Original des Handschreibens ist 1927 im Justizpalastbrand vernichtet worden.

Vervielfältigte Abschrift.

AVA, Stadterweiterungsfonds, Signatur 1 Präsidium, Zl. 12.074/1857.

1/5

Protokoll der Sitzung vom 24. Jänner 1858 zwecks Erlaß einer Konkursaus-schreibung zur Erlangung eines Grundplanes für die Erweiterung der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Das Protokoll wurde wegen seiner Wichtigkeit als Buch gebunden. Am Ende der aufgeschlagenen letzten Seite die Unterschriften aller Teilnehmer der Sitzung, angefangen mit der des Innenministers Bach.

Handschriftl. Buch, 140 Seiten.

AVA, Stadterweiterungsfonds, Signatur 1 Präsidium, ad Zl. 12.074/57.

1/6

Evidenz für die einlangenden Concursspläne

Die Konkursprojekte waren unter einer Devise, mit der im Falle einer Preiszuweisung der Autor festzustellen war, anonym einzureichen. In dem Evidenzheft ist daher von den einlangenden Projekten jeweils die laufende Nummer, die Devise und die Art der Verpackung eingetragen.

AVA, Stadterweiterungsfonds, Signatur 1 Präsidium, Zl. 11.801/58.

1/7

Übersichtskarte aus der unter der Devise „Glück auf“ eingesandten Konkursarbeit Nr. 32 des steiermärk. Landesbaudirektors Martin Kink.

Kink schlug vor, die Stadterweiterung mit einer Donauregulierung zu kombinieren, seine Verbauungspläne beschränken sich daher nicht auf das Glacis, sondern greifen über den Donaukanal hinweg.

Gedruckte Karte von Wien und Umgebung mit handgezeichneten und -kolorierten Eintragungen, 59,5 × 81 cm.

AVA, Plansammlung A-II-b/28.

(Abb. 2)

1/8

Detailkarte zu dem geplanten neuen Stadtteil auf dem durch die Donauregulierung gewonnenen Terrain aus der Konkursarbeit Nr. 32.

Diesseits des Donaukanals die zu verbauende Kaizone mit der von Kink als Rundbau geplanten Defensionskaserne, jenseits der Leopoldstadt Neubauten gegen das Bett der regulierten großen Donau.

Handgezeichneter und -kolorierter Plan, 59,5 × 81 cm.

AVA, Plansammlung A-II-b/28.

1/9

Profil des 100 Klafter breiten Raumes zwischen dem Exerzierplatz und der großen Caserne nächst der Augartenbrücke aus der Konkursarbeit Nr. 32.

In der Ausschreibung war aus militärischen Gründen ein 100 Klafter breiter offener Verbindungsraum zwischen der Defensionskaserne und dem Paradeplatz verlangt. Kink setzt die Kaserne in die Achse der Ringstraße und gestaltet daher diese zwischen Schottentor und Donaukanal entsprechend breit. Der vorliegende Plan zeigt nur das Profil von der Häuserfront bis zur Mitte, die zweite Hälfte ist spiegelbildlich zu ergänzen.

Kolorierte Handzeichnung, 21,2 × 33,2 cm.

AVA, Plansammlung A-II-b/28.

18

1/10

Reste von Plänen be

Vortrages vom 17. M

Im Vortrag wurde de

Konkurses ausgearbe

tert und zur Genehrr

Justizpalastbrand sel

AVA, Innenministeri

1/11

Grundplan für die Ge

Das vorliegende Dru

Rathausbauplatzes be

det. Die im Vortrag b

vorgesehene Platz fü

Baugründe III und IV

Baugründe Y und Z si

Gedruckter Plan, 53 ×

AVA, Stadterweiterun

1/12

Demolierung der Löbe

Zeitgenössische Photo

AVA, Plansammlung,

1/13

Gutachten von Prof. F

Ansprüche der Gemein

In dem Gutachten wir

ung widerlegt, daß da

l. Die mit Bleistift v

ammen von der Konz

ngen Kretschmayrs t

A, Stadterweiterung

1/14

mmarische Zusamm

terungsfonds in der

Vereinheitlichung

ade in Quadratmet

et.

, Stadterweiterung

1/10

Reste von Plänen betreffend den projektierten Grundplan. Beilagen des au. Vortrages vom 17. Mai 1859.

Im Vortrag wurde dem Kaiser der als Kompromiß aus den besten Arbeiten des Konkurses ausgearbeitete Grundplan zur Verbauung des Glacisgeländes erläutert und zur Genehmigung vorgelegt. Der Akt samt Beilagen wurde 1927 im Justizpalastbrand schwer beschädigt.

AVA, Innenministerium Präsidiale, Sign. 11/1, Zl. 9814/1859.

1/11

Grundplan für die Gestaltung des Stadterweiterungsgeländes vom Jahre 1859.

Das vorliegende Druckexemplar wurde als Beilage zu dem den Tausch des Rathausbauplatzes betreffenden au. Vortrag vom 12. Dezember 1863 verwendet. Die im Vortrag behandelten Objekte, am Schottenring der im Grundplan vorgesehene Platz für das Rathaus, am Parkring die dafür eingetauschten Baugründe III und IV und die für die Verlängerung des Stadtparkes begehrten Baugründe Y und Z sind daher durch rote Kolorierung hervorgehoben.

Gedruckter Plan, 53 × 76,5 cm.

AVA, Stadterweiterungsfonds, Sign. 25, Zl. 24.936/1863. (Abb. 1)

1/12

Demolierung der Löbelbastei.

Zeitgenössische Photographie, 65,7 × 78,5 cm.

AVA, Plansammlung, Inv. Nr. 2001.

1/13

Gutachten von Prof. Heinrich Kretschmayr vom 16. Juni 1921 betreffend die Ansprüche der Gemeinde Wien auf das Vermögen des Stadterweiterungsfonds.

In dem Gutachten wird auf Grund historischer Untersuchungen die Behauptung widerlegt, daß das Fortifikationsareal Eigentum der Stadt Wien gewesen sei. Die mit Bleistift vorgenommenen Streichungen und Klammern im Text stammen von der Konzipierung der amtlichen Antwortnote, in die die Ausführungen Kretschmayrs teilweise wörtlich übernommen wurden.

AVA, Stadterweiterungsfonds, Sign. 1 a, Zl. 380/1920, fol. 95–105.

1/14

Summarische Zusammenstellung über die Verwendung des Wiener Stadterweiterungsfonds in der Periode von 1858 bis 1917.

Zur Vereinheitlichung sind hier die früher in Quadratklaftern bemessenen Gründe in Quadratmeter und alle Guldenbeträge in Kronenwährung umgerechnet.

AVA, Stadterweiterungsfonds, Sign. 1 a, Zl. 352/1922, fol. 3–4.

2. DER STADTPARK

Im Gegensatz zu der dicht verbauten Stadt innerhalb der Festungswerke gab es in den Vorstädten zwar noch vielfach unverbaute Räume, die aber als private Gärten und sonstige Nutzflächen nicht öffentlich zugänglich waren. Von den Parks im Besitz des Kaiserhauses wurden im 18. Jahrhundert Prater und Augarten dem Publikum geöffnet, die aber vom Stadtzentrum etwas entlegen waren. Deshalb entwickelte sich damals das unverbaute Gebiet des Glacis zum beliebten Erholungsgebiet der Wiener. Das Glacis war kein Garten, sondern seit den unter Joseph II. vorgenommenen Regulierungen eine von Alleen durchzogene Grasfläche, die verschiedenen militärischen und zivilen Zwecken diente, als Paradegrund, Holzlagerstätte, Marktgelände, Kinderspielplatz und Erholungsgebiet.

Die ersten eigentlichen Parkanlagen im Fortifikationsbereich wurden erst 1817–1824 im Zusammenhang mit der von Kaiser Franz im Hofburgbereich vorgenommenen Stadterweiterung als Kaisergarten und Volksgarten beiderseits der von Napoleon gesprengten ehemaligen Burgbastei angelegt. Der mit dem Theseustempel und dem halbrunden Kaffeehaus ausgestattete Volksgarten war die erste neue allgemein zugängliche Parkanlage Wiens. Neben dem Volksgarten war im Vormärz der zweite Schwerpunkt des gesellschaftlichen Lebens im Fortifikationsbereich auf dem sogenannten Wasserglacis, wo vor dem in der Flucht der Weihburggasse gelegenen Karolinentor seit 1818 eine Mineralwassertrinkanstalt bestand.

Die 1857 begonnene Stadterweiterung im Gelände der aufgelassenen Befestigung bedeutete keineswegs den kompletten Verlust des Freiraumes des Glacis, von dem sowohl aus militärischen als auch aus sanitären und ästhetischen Gründen möglichst viel bewahrt werden sollte. Im kaiserlichen Handschreiben vom 20. Dezember (Kat. Nr. 1/4) wird bestimmt, daß aus militärischen Rücksichten das Gelände vor der Hofburg, der Paradeplatz und der Raum vom Karolinentor bis zum Donaukanal unverbaut zu bleiben haben, daß aber auch in den zur Verbauung gewidmeten Teilen des Glacis die Ringstraße „eine angemessene Einfassung von Gebäuden, abwechselnd mit freien, zu Gartenanlagen bestimmten Plätzen erhalte“. Die auf Grund der Konkursauschreibung im nächsten Jahr eingereichten Projekte zur Stadterweiterung enthalten daher jeweils Gartenanlagen in wechselndem Ausmaß, am umfangreichsten natürlich im Entwurf des preußischen Hofgardendirektors Lenné, der als einziger einen geschlossenen grünen Ring um die Altstadt vorsah. In dem 1859 ausgearbeiteten endgültigen Grundplan ist von dem unverbauten Raum zwischen Karolinentor und Donaukanal die nördliche, direkt an der Franz-Josephs-Kaserne liegende Hälfte als unverändertes Glacis belassen, der Teil südlich des Stubentores aber nach dem Vorbild mehrerer Konkurrenzprojekte als Park dargestellt.

Im Zug der Auseinandersetzungen des folgenden Jahres zwischen der die staatlichen Interessen vertretenden Stadterweiterungskommission und der Gemeinde Wien erbot sich letztere das Wasserglacié zu einer Parkanlage auszugestalten, „wenn ihr der Grund ins Eigenthum abgetreten und sonach die Besorgnis beseitigt wird, daß derselbe seinerzeit einer anderen Verwendung zugeführt werden könne“. Allerdings wollte die Gemeinde sich nicht mit dem im Grundplan vorgesehenen Parkareal begnügen, sondern dieses bis zu der den Wienfluß vor dem Schwarzenbergpalais überquerenden Mondscheinbrücke verlängern. Als Kompromiß kam es zu einer Korrektur des Grundplanes: die Weihburggasse sollte nicht bis an das Ufer des Wienflusses, sondern nur bis an die Ringstraße verlängert werden, die südliche Begrenzung des Parkes daher erst die verlängerte Johannesgasse bilden, die auf einer zu erbauenden Brücke die Wien überschreiten und somit die einzige Verbindung der Inneren Stadt mit dem 3. Bezirk zwischen Rennweg und Landstraßer Hauptstraße bilden sollte. Als Ersatz für die damit zu Parkgrund gewordenen Baugruppen sollten zwei südlich der Johannesgasse am Wienufer geplante kleine Parkanlagen und der Grund von zwei neben dem Stubentor vorgesehenen Markthallen zu verkäuflichem Baugrund umgewidmet werden. Mit Entschließung vom 7. November 1860 übertrug Kaiser Franz Joseph den Raum zwischen Ringstraße und Wienfluß in den vorhin geschilderten Grenzen in das Eigentum der Gemeinde „mit der Widmung zu einer Meiner Residenz zu Zierde gereichenden öffentlichen Gartenanlage“ unter der Bedingung – auch staatlicherseits wollte man verhindern, daß die Gemeinde den unentgeltlich erhaltenen Grund später zu anderen Zwecken verwendete – der Eintragung dieser Widmung ins Grundbuch.

Alle bisher vom Publikum besuchten Grünanlagen waren im Besitz der Militärärars oder des Kaiserhauses gewesen. Die Stadt Wien selbst besaß keine öffentlichen Gartenanlagen, man hatte daher dort auch keine Erfahrung mit deren Anlage und Pflege. Auf eine vom Gemeinderat ausgeschriebene Konkurrenz waren im April 1861 drei Pläne von Gartenarchitekten eingereicht worden. Das Komitee für die Parkfrage entschied sich auf Rat des Direktors der Hofgärten für den Plan des Dr. Rudolf Siebeck, der auch als Stadtgärtner angestellt wurde, da die Stadt bisher über kein Personal für das Gartenwesen verfügte. Gemeinderat August Zang, der einflußreiche Besitzer der Zeitung „Presse“, war mit dem etwas dürftigen Plan Siebecks aber nicht einverstanden und entfesselte eine Kampagne zugunsten des Landschaftsmalers Joseph Selleny, der damals als Teilnehmer der Weltumseglung der „Novara“ in Wien großes Ansehen genoß. Zur Mitarbeit aufgefordert legte Selleny seine Skizzen eines reich gestalteten englischen Gartens dem Gemeinderat vor. Gegen sein Projekt aber erhob sich teils aus Feindschaft gegen seinen Gönner Zang, teils wegen der hohen Kosten Opposition, die während des ganzen Jahres zu heftigen Differenzen in den Zeitungen und im Gemeinderat führten. Schließlich wurde doch der Plan Sellenys mit verschiedenen Modifikationen angenommen und danach im Laufe des Jahres 1862 der Stadtparkteil am linken Wienufer angelegt.

Inzwischen war ab (Kat. Nr. 2/1) auch das anliegenden Häuferung des Stadtparks die Anlage dieses neu nicht wieder Selleny k ausgearbeiteten Entw

Vorher hatte allerdings die das für die Parke Stubenbrücke schräg (amtfassade geradeaus schen doppelten Krümmen weiterhin folgt. Der an Landstraßer Hauptstr vollendeten Zentralma des Finanzministerium des Hauptzollamtes zu vorbehalt des Stadterv stellungsforderungen f zu erheben. 1872 wurde Abkommen über Mark verzichtet und somit d im 20. Jahrhundert de

Die Gemeinde war n rechte Wienufer nicht ; entlang der Ringstraße nun überdies mit dem plan war nämlich der E der heutigen Börse v unentgeltlich zur Verfi malige Festungsgeländ zufrieden. Vom Stadter südlich der Johannesg dann ein Rathaus zwisc Stadtparkende entstan des Parkes gegen Süc Danaergeschenk nicht

Vielmehr ersuchte B Schreiben an Minister Innenseite der Ringstr gasse umfassenden we Verlängerung des St wünschte also ein mit d sich weit nach Norden überliegen sollte. In de

Inzwischen war aber mit kaiserlicher EntschlieÙung vom 9. April 1861 (Kat. Nr. 2/1) auch das Glacisgelände zwischen der Wien und dem Münzamt samt anliegenden Häusern von der Waaggasse bis zur Ungargasse zur Vergrößerung des Stadtparks in das Eigentum der Gemeinde übertragen worden. Für die Anlage dieses neuen Stadtparkteiles am rechten Ufer wurde allerdings nicht wieder Selleny bemüht, sondern nach einem vom Stadtgärtner Siebeck ausgearbeiteten Entwurf die Arbeiten im Laufe des Jahres 1863 durchgeführt.

Vorher hatte allerdings auch die alte Lastenstraße umgelegt werden müssen, die das für die Parkerweiterung bestimmte Glacisareal auf ihrem Weg zur Stubenbrücke schräg durchschnitten hatte. Sie wurde nun entlang der Münzamtfassade geradeaus bis zur Ungarbrücke und von da an in der charakteristischen doppelten Krümmung an das Ufer des Wienflusses geführt, dem sie dann weiterhin folgt. Der anschließende Grund zwischen dieser Krümmung und der LandstraÙer Hauptstraße war 1862 der Gemeinde zur Errichtung der 1865 vollendeten Zentralmarkthalle überlassen worden, wegen des Widerstrebens des Finanzministeriums, das dieses Gelände für eine eventuelle Vergrößerung des Hauptzollamtes zu reservieren wünschte, allerdings nur gegen Eigentumsvorbehalt des Stadterweiterungsfonds. Dieser verpflichtete sich jedoch Rückstellungsforderungen frühestens erst 10 Jahre nach Vollendung der Markthalle zu erheben. 1872 wurde schließlich im Zusammenhang mit einem allgemeinen Abkommen über Markhallengründe auf dieses Areal staatlicherseits endgültig verzichtet und somit der Fortbestand der Zentralmarkthalle gesichert, die erst im 20. Jahrhundert dem Hiltonhotel weichen mußte.

Die Gemeinde war mit der 1861 erfolgten Erweiterung ihres Parkes auf das rechte Wienufer nicht zufrieden, sondern erstrebte weiterhin eine Ausdehnung entlang der Ringstraße in Richtung Mondscheinbrücke. Dieses Streben wurde nun überdies mit dem Problem des Rathausbauplatzes gekoppelt. Im Grundplan war nämlich der Bau des neuen Rathauses am Schottenring in der Gegend der heutigen Börse vorgesehen. Die Gemeinde war aber mit dem ihr dort unentgeltlich zur Verfügung gestellten Bauplatz wegen dessen durch das ehemalige Festungsgelände bedingten Fundamentierungsschwierigkeiten nicht zufrieden. Vom Stadterweiterungsfonds wurden ihr daher stattdessen die 1860 südlich der Johannesgasse neugebildeten Baugruppen angeboten. Es wäre dann ein Rathaus zwischen Ring und Wienfluß mit der Fassade gegenüber dem Stadtparkende entstanden, das eine Barriere gegen eine weitere Ausdehnung des Parkes gegen Süden gebildet hätte. Die Gemeinde nahm aber dieses Danaërgeschenk nicht an.

Vielmehr ersuchte Bürgermeister Andreas Zelinka im Sommer 1862 in einem Schreiben an Minister Lasser einerseits für das Rathaus um die auf der Innenseite der Ringstraße den Raum zwischen Weihburggasse und Johannesgasse umfassenden wertvollen Bauplätze III und IV, andererseits auch um die Verlängerung des Stadtparks in Richtung Mondscheinbrücke. Zelinka wünschte also ein mit der Front an der Ringstraße gelegenes Rathaus, dem eine sich weit nach Norden und Süden erstreckende städtische Grünanlage gegenüberliegen sollte. In der darüber abgehaltenen Sitzung der Stadterweiterungs-

kommission erklärte Matzinger als Vertreter des Stadterweiterungsfonds, daß derart exorbitante Wünsche nur gegen entsprechende Kompensationen gewährt werden könnten, wie der Verzicht der Stadt auf die ihr vom Fonds zustehenden Beiträge zu den Kosten der Straßenanlagen, was natürlich heftige Opposition des Vertreters der Gemeinde zur Folge hatte.

Weitere Verhandlungen führten schließlich wieder zu einem Kompromiß, der von Lasser am 12. Dezember 1863 dem Kaiser vorgelegt (Kat. Nr. 2/3), von diesem mit Entschliebung vom 20. Dezember gebilligt wurde. Die Gemeinde tauschte demnach den Bauplatz am Schottenring gegen die Baugründe III und IV, erlegte dafür die Hälfte der auf 600.000 fl geschätzten Wertdifferenz und verzichtete auf die in der Verlängerung des Parkes jenseits der Johannesgasse gelegenen Parzellen.

Wenn somit Ende 1863 der Umfang des Stadtparkes endgültig festgelegt war, war das mit der Lage des Rathauses auf den Baugründen III und IV keinswegs der Fall. Der Beginn des Baues verzögerte sich von Jahr zu Jahr, sodaß der Bauplatz, dessen Nachbarparzellen längst verbaut waren, im Volksmund die Bezeichnung „Kommunalloch“ erhielt. 1870 gelang es dann dem Bürgermeister Dr. Cajetan Felder das noch unverbaute Kommunalloch ohne weitere Aufzahlung für ein größeres und günstigeres Areal auf dem inzwischen aufgelassenen Paradeplatz zu tauschen, auf dem dann das neue Rathaus 1872–83 tatsächlich errichtet wurde.

Schon bei der Anlage des Stadtparkes war dort die Errichtung eines Gebäudes geplant, für das nach der alten Mineralwasserhalle auf dem Wasserglaci der Name Kursalon gewählt wurde. Es sollte außer einem Kaffeehaus und einer Trinkhalle auch einen für Repräsentationszwecke der Gemeinde zu verwendenden Saal haben, da mit dem Bau des neuen Rathauses damals noch lange nicht zu rechnen war. Die dafür ausgeschriebene Architektenkonkurrenz hatte eine Wiederholung der Vorgänge bei der Anlegung des Parkes zur Folge. Die Jury unter dem Vorsitz von Sicardsburg hatte 1863 den ersten Preis dem später so bekannten Architekten Otto Wagner zuerkannt. Im Gemeinderat erhob sich aber eine heftige Opposition gegen das als zu ernst und schwer für ein Gartenhaus empfundene Projekt Wagners, die schließlich durchsetzte, daß das zierliche Projekt von Johann Garben (Kat. Nr. 2/2) zur Ausführung bestimmt wurde. Infolge wiederholter weiterer Differenzen im Gemeinderat wegen der Kosten konnte Garbens Bau aber erst 1867 fertiggestellt werden.

Die am 7. November 1860 erfolgte Entschliebung sollte beispielgebend für die weitere Entwicklung des Gartenwesens im Ringstraßenbereich werden. Das damals erst neu geschaffene Stadtgartenamt bekam bald genug zu tun, denn im Laufe der nächsten Jahrzehnte wurden noch zahlreiche weitere Gründe mit der Widmung zu Grünanlagen der Gemeinde kostenlos übertragen, darunter groteskerweise mit dem Beethovenplatz auch eine der seinerzeit so umstrittenen Baugründe südlich der Johannesgasse. Freilich besteht zwischen den Anlagen ein merklicher Unterschied. Während der aus dem Wasserglaci entstandene, als großer englischer Garten angelegte Stadtpark selbst das Hauptobjekt bildet, in das der Kursalon nur als Zusatz hineinkomponiert ist, sind die

anderen erwähnten park, immer als Begleitbauten oder Monumentalbauten untergeordnet angelegt sind.

QUELLEN

AVA, Akten des Stadtrates

LITERATUR

Cajetan FELDER *Erinnerungen* (Wien 1964).

Liselotte POPELKA *Die Ringstraße* (Wien 1964).

Elisabeth SPRINGER *Die Ringstraße – Bild und Geschichte* (Wien 1964).

Renate WAGNER-RIEDEL *Die Ringstraße* (Wien 1980).

Kurt MOLIČ *Die Ringstraßen* (Wien 1980).

anderen erwähnten Gartenanlagen, darunter auch der relativ große Rathauspark, immer als Begrenzung, Umrahmung oder Mittelpunkt von monumentalen Bauten oder Monumenten entstanden, denen sie sich in ihrem Erscheinungsbild unterordnen, weshalb sie auch meistens als französische Gärten angelegt sind.

QUELLEN

AVA, Akten des Stadterweiterungsfonds, Signaturen 16 und 25.

LITERATUR

Cajetan FELDER *Erinnerungen eines Wiener Bürgermeisters*, bearb. v. Felix CZEIKE (Wien 1964).

Liselotte POPELKA *Ein österreichischer Maler segelt um die Welt* (Graz 1964).

Elisabeth SPRINGER *Geschichte und Kulturleben der Wiener Ringstraße* (= *Die Wiener Ringstraße – Bild einer Epoche II*, Wiesbaden 1979).

Renate WAGNER-RIEGER *Wiens Architektur im 19. Jahrhundert* (Wien 1970).

Kurt MOLIK – Hermann REINING – Rudolf WURZER *Planung und Verwirklichung der Wiener Ringstraßenzone* (= *Die Wiener Ringstraße – Bild einer Epoche III*, Wiesbaden 1980).

2/1

Allerhöcste Entscbließung vom 9. April 1861 auf den au. Vortrag des Ministers Lasser betreffend die Abtretung des Glacisgeländes zwischen Wienfluß und Hauptmünzamt an die Gemeinde für eine Gartenanlage mit einem handgezeichneten kolorierten Situationsplan.

Der sechs halbbrüchig beschriebene Seiten umfassende, vom 3. April datierte Vortrag ist vom zuständigen Minister Lasser unterschrieben und vom Ministerpräsidenten Erzherzog Rainer vidiert. Die darauf erfolgte, vom Kaiser unterzeichnete ah. Entschließung ist am Ende des Vortrages auf die freigebliene linke Hälfte der Seite gesetzt. Da ihr Text im vorliegenden Fall ziemlich lang ist, beginnt sie bereits auf der vorletzten Seite.

Der Situationsplan war als Beilage dem auf ihn Bezug nehmenden Vortrag angeschlossen. Der Althausbestand ist darin dunkelrot, die Baugründe nach dem Grundplan sind hellrot koloriert. Der bereits im Vorjahr abgetretene, aber erst 1862 angelegte Stadtparkteil links der Wien wird noch als offene Glacisfläche gezeigt, in der mit Bleistift schematisch die Lage des projektierten Kursalons später eingetragen worden ist. Rechts der Wien ist die abzutretende Glacisfläche, in ihrer Länge begrenzt durch die Linien A-B und C-D, schräg durchzogen von der noch umzulegenden Lastenstraße zu sehen.

AVA, Stadterweiterungsfonds, Sign. 16, Zl. 7370/1861.

(Abb. 3)

2/2

Ansicht des Kursalons

Photolithographie 49 × 61,5 cm.

AVA, Plansammlung, A-II-C/235.

2/3

Situationsplan zum Tausch des Rathausplatzes

Beilage zum au. Vortrag Lassers vom 12. Dezember 1863, betreffend den mit der Gemeinde eingegangenen Kompromiß. Zu sehen ist der Stadtpark mit dem Kursalon, die für den Bau des Rathauses eingetauschten Baugründe III und IV, sowie die vom sogenannten Cholerakanal durchzogenen und zur Verlängerung des Stadtparkes gewünschten Grundflächen Y 1, Y 2, Z 1 und Z 2, auf die die Gemeinde nunmehr verzichtet und zu deren Erschließung als Baugrund zur angezeigten Verlegung des Cholerakanal sie sich bereit erklärt hat.

Handgezeichneter Plan des Stadtbauamtes, 51 × 64,5 cm.

AVA, Stadterweiterungsfonds, Sign. 25, Zl. 24.936/1863, fol. 26.

3. DER JUSTIZP.

Als Kaiser Franz Jos tionsanlagen verfügte wengleich nur vorläu Exerzierplatz benütze 1870, welche den Plar der Bebauung mit re Wege. In der Folge w obgenanntem Ringstra ralkommandogebäudes ches an der geplanten 9 An Stelle des im Zwei (neues Institutsgebäud die Baublöcke H und kehrsflächen, die heut; straße, Grillparzerstra Blöcken liegt die Liebi

Rechtzeitig, das heiß ungsplanes wandte sic Bauangelegenheiten zu; minister Tschabuschnig seine Gründe für die 1 Tschabuschnigg möchte täten der Gerichtsbehör gebäude mit der vorge Zivilgerichtsprozessen. gebot erhöht werden, so gemeint ist die persönli möglich werden. Da se haben, wäre bei dislozie Mandanten faktisch un I. und II. Instanz und de gen. Er tritt für eine ras genug Verbauungsmögli sprechenden Lage vorha kreten Bauplatz vor, so Einfluß auf die Erwerb; der Justizminister, könn der Tabakfabriken in de vorstellen.

Am 6. September 1870 sung der Baugruppen H 1

3. DER JUSTIZPALAST

Als Kaiser Franz Joseph am 20. Dezember 1857 die Schleifung der Fortifikationsanlagen verfügte, sehr zum Leidwesen der Militärs, konnten diese – wenngleich nur vorläufig – weiterhin das Josefstädter Glacis als Parade- und Exerzierplatz benützen. Durch die kaiserliche EntschlieÙung vom 11. Juni 1870, welche den Plan zur Regulierung des Paradeplatzes genehmigte, stand der Bebauung mit repräsentativen öffentlichen Gebäuden nichts mehr im Wege. In der Folge wurden Parlament, Rathaus und Universität erbaut. In obgenanntem RingstraÙenbereich plante man auch die Errichtung des Generalkommandogebäudes und des Justizpalastes. Für das Militärgebäude, welches an der geplanten Stelle auch gebaut wurde, sah man den Baublock M vor. An Stelle des im Zweiten Weltkrieg zerstörten Baues steht heute das „NIG“ (neues Institutsgebäude) der Universität Wien. Für den Justizpalast sah man die Baublöcke H und I vor. Diese beiden Häuserblöcke umfassen jene Verkehrsflächen, die heutzutage die Namen Universitätsstraße, Landesgerichtsstraße, Grillparzerstraße und Rathausstraße tragen. Zwischen den beiden Blöcken liegt die Liebiggasse.

Rechtzeitig, das heißt noch vor der kaiserlichen Genehmigung des Verbauplanes wandte sich der Justizminister an den Innenminister, den für Bauangelegenheiten zuständigen Ressortchef. Am 24. Mai 1870 führte Justizminister Tschabuschnigg in einem Schreiben an den Innenminister Taaffe seine Gründe für die rasche Erbauung eines Justizpalastes an. Ritter von Tschabuschnigg möchte eine Zentralisierung der in Wien dislozierten Lokalitäten der Gerichtsbehörden. Er begründet die Zusammenfassung der Gerichtsgebäude mit der vorgesehenen Einführung des mündlichen Verfahrens bei Zivilgerichtsprozessen. Mit diesem Gerichtsbaue sollte nicht nur das Raumangebot erhöht werden, sondern auch die zukünftige Arbeitsweise der Anwälte, gemeint ist die persönliche Anwesenheit bei zivilgerichtlichen Verfahren, ermöglicht werden. Da selbige an einem Tag oft mehrere Prozesse zu führen haben, wäre bei dislozierten Gerichtsgebäuden eine persönliche Betreuung der Mandanten faktisch unmöglich. Der Justizminister schlägt vor, die Gerichte I. und II. Instanz und den Obersten Gerichtshof in einem Gebäude zu vereinigen. Er tritt für eine rasche Verwirklichung ein, da zu diesem Zeitpunkt noch genug Verbaumöglichkeiten in einer der Bedeutung des Gebäudes entsprechenden Lage vorhanden sind. Tschabuschnigg schlägt noch keinen konkreten Bauplatz vor, sondern ersucht den Innenminister um seinen „gütigen Einfluß auf die Erwerbung eines Theiles des Stadterweiterungsgrundes...“ Er, der Justizminister, könnte sich aber auch das Gebäude der Zentralkommission der Tabakfabriken in der Seilerstätte 7, welches zur Abtragung bestimmt sei, vorstellen.

Am 6. September 1870 erfolgte durch kaiserliche EntschlieÙung die Zuweisung der Baugruppen H und I am Paradeplatz zur Errichtung eines Justizpala-

stes. Dieser Bauplatz liegt gegenüber dem Landesgericht. Doch schon bald kommen Bedenken über die Lage des Bauplatzes auf. Das Flächenausmaß ist zu gering. Ein vorhandenes Servitut, das einen öffentlichen Durchgang durch den Justizpalast zur Verpflichtung macht, wird seitens des Justizministeriums abgelehnt. Im Februar 1871 verzichtet allerdings die Gemeinde auf diese Dienstbarkeit.

Ein Jahr später – man war in der Zwischenzeit mit Vertragsentwürfen beschäftigt – am 27. Februar 1872 bringt eine „Referentenerinnerung“ des Leiters des Hochbaudepartments des k. k. Ministeriums des Innern, Moriz Ritter von Löhr, wieder Schwung in die Angelegenheit. Klar und selbstbewußt hat der hohe Beamte, ein erfahrener und vielseitiger Architekt, in dem Akt Zahl 3166 ex 1872 festgehalten, daß die Baugruppen H und I „so wie ich es im Voraus bestimmt behauptete, ganz und gar zu diesem Zwecke ungeeignet sind.“ Der k. k. Hof- und Ministerialrat empfiehlt die Gruppe S – entspricht der Lage des ausgeführten Projektes – am Paradeplatz. Dieses Ziel zu erreichen, war indes nicht leicht, da man hierfür die Zustimmung der Gemeinde Wien benötigte, die vorerst auf die „Allerhöchste Entschließung“ vom 11. Juni 1870 verwies, die eine Errichtung des Justizpalastes gegenüber dem Landesgericht vorsah. Erst am 6. Dezember 1872 beschloß der Wiener Gemeinderat seine Zustimmung zur Errichtung des Justizpalastes auf dem Baublock S zu erteilen, unter der Voraussetzung, daß der übrigen Teil als Gartenanlage verwendet wird.

Mit Allerhöchster Entschließung vom 16. März 1873 genehmigte Kaiser Franz Joseph die Überlassung der Baugruppe S nächst dem Paradeplatz zum Bau des Justizpalastes gegen Rückstellung der beiden Gruppen H und I am Paradeplatz an den Wiener Stadterweiterungsfond. Bevor man jedoch mit dem Bau beginnen konnte, mußte noch ein wesentlicher Punkt geklärt werden. Das auf diesem Baublock zu errichtende Justizgebäude an der Lasten- und Volksgartenstraße berührt mit seiner nordwestlichen Ecke laut Plan den in ein künstliches Bachgewölbe eingezwängten Ottakringer Bach. Die Kommune Wien forderte klarerweise die Haftungsübernahme des Staates bei einer allfälligen Beschädigung des Kanals, hervorgerufen durch den Bau des Justizpalastes. Sie forderte aber auch Schadenersatzanspruchsverzicht seitens des Aerar, falls bei einem Kanalgebrenchen dem Justizpalast ein Schaden zugefügt werden sollte. Es sollte „die Commune nie und nimmermehr zu einem Schadenersatz verpflichtet“ werden. Die Hürde nahm man, indem der Ottakringer Bachkanal im Bereich des Justizpalastes abgelenkt wurde. Diese Änderung der Kanalstrecke erlaubt sogar eine Verbreiterung der Volksgartenstraße von 10 auf 15 Klafter Breite (= von ca. 19 m auf ca. 28,5 m), da man nun den Bau um 5 Klafter Richtung Ottakringer Bach (verlängerte Lerchenfelder Straße) verschieben konnte. Diese 9,5 m wurden als Vorgarten ausgestaltet. Durch die kaiserliche Entschließung vom 4. September 1874 stand dem Baubeginn nichts mehr im Wege. Die Schlußsteinlegung wurde am 22. Mai 1881 vorgenommen.

Architekt dieses Justizbauwerkes war Alexander Wielemans Edler von Monteforte (1843–1911). Er ging als Sieger des Wettbewerbes zur Erlangung

von Entwürfen für d selbst geleitet, er b Dr. Alois Pražak beki die größte Umsicht u mit dem Titel Baurat

Neben Wielemans si nen. Von Moriz v. Löhr knapp vor Beginn der ebenfalls einen Entw auch der Hofarchitekt 7/6). Er wurde 1875 V baukomitees. Schwenc bewerbsjury. Weiters zuständiger Beamter „praktischer Blick“ at

Alexander Wielemar die Architekten Domi waren, ebenso den Arc

Der Justizpalast wu an den italienischen l zugewandt. Sie wird Giebel dominiert. Unte Margarethner Stein ver

Im Verlaufe einer De Brand gesteckt. 1928– Wettbewerb als Sieger l Palast wurde ein dritter und der mächtige Mitte

QUELLEN

AVA, Stadterweiterungsfond
Jahren 1870–1875).
AVA, k. k. Justizministerium
AVA, Plansammlung, A-II

von Entwürfen für den Justizpalast hervor. Wielemans hat die Ausführung selbst geleitet, er besorgte auch die innere Einrichtung. Justizminister Dr. Alois Pražak bekundete dem Architekten die „gediegenste Fachbildung, die größte Umsicht und strengste Ehrenhaftigkeit.“ Wielemans wurde dafür mit dem Titel Baurat ausgezeichnet.

Neben Wielemans sind auch noch andere Architekten und Beamte zu erwähnen. Von Moriz v. Löhr war bereits die Rede. Er starb am 28. Oktober 1874, also knapp vor Beginn der Bauarbeiten. Von „seinem“ Hochbaudepartment gab es ebenfalls einen Entwurf zum Bau des Justizpalastes (Kat. Nr. 3/1). Wichtig auch der Hofarchitekt August Schwendenwein Ritter von Lanauberg (Kat. Nr. 7/6). Er wurde 1875 Vorsitzender des zur Oberleitung berufenen Justizpalastbaukomitees. Schwendenwein war auch Mitglied der vorangegangenen Wettbewerbsjury. Weiters wären noch zu nennen: Albert Felner von der Arl, als zuständiger Beamter des Justizministeriums, dem „Eifer“, „Rührigkeit“, „praktischer Blick“ attestiert wurden.

Alexander Wielemans würdigt in einem Schreiben an das Justizministerium die Architekten Dominik Avanzo und Paul Lange, die als Bauführer tätig waren, ebenso den Architekten Edmund Steinitzer (Kat. Nr. 3/2).

Der Justizpalast wurde im Stile der deutschen Renaissance mit Anlehnung an den italienischen Palastbau erbaut. Die Hauptfront ist der Ringstraße zugewandt. Sie wird von einem kräftig vorspringenden Risalit mit hohem Giebel dominiert. Untergeschoß, Parterre und Mezzanin sind mit Quadern aus Margarethner Stein verkleidet, die oberen Geschosse in Putzbau (Kat. Nr. 3/3).

Im Verlaufe einer Demonstration wurde am 15. Juli 1927 der Justizpalast in Brand gesteckt. 1928–1931 wurde er durch Heinrich Ried, der aus einem Wettbewerb als Sieger hervorging, in veränderter Form wiederhergestellt. Dem Palast wurde ein dritter Stock aufgesetzt, hiebei wurde auch die Dachsilhouette und der mächtige Mittelrisalit (Säulenstellung) verändert (Kat. Nr. 3/4).

QUELLEN

AVA, Stadterweiterungsfonds, Signatur 28, Justizpalast (verschiedene Akten aus den Jahren 1870–1875).

AVA, k. k. Justizministerium, Präsidium Zl. 186 ex 1881.

AVA, Plansammlung, A-II-c/159.

OBJEKT BESCHREIBUNGEN

3/1

Justizpalast

Unter der Leitung des Hofrates Moriz Ritter von Löhr, Chef des Hochbau-
departments des k. k. Ministeriums des Innern, wurden für den Bau des Justiz-
palastes erste Entwürfe vom k. k. Oberingenieur Michael Fellner gezeichnet.

Bleistiftzeichnung undatiert (ca. 1872), 42 × 72 cm.

Allgemeines Verwaltungsarchiv (AVA), Plansammlung, Signatur A-II-c/159.
(Abb. 4).

3/2

Eigenhändiges Schreiben Alexander Wielemans an das Justizministerium aus
Anlaß der bevorstehenden Vollendung des Justizpalastes (Wien, 31. März
1881). Er macht auf die Leistungen dreier Architekten aufmerksam.

AVA, k. k. Justizministerium, Präsidium, Zl. 186 ex 1881.

3/3

Justizpalast nach seiner Vollendung.

Foto undatiert (nach 1880), 26 × 39 cm.

AVA, Plansammlung, ad Signatur A-II-c/159.

3/4

Der nach der Brandkatastrophe vom 15. Juli 1927 in den Jahren 1928–1931
wiederhergestellte Justizpalast.

Foto undatiert (nach 1930), 38 × 54 cm.

AVA, Plansammlung, ad Signatur A-II-c/159.

BENZ MIKOLETZK

DIE VOTIVKIRCH

betrieben von indivi
dem Raffinement“ veri
Johann Libényi ein
an das Jahr 1848
Belagerungszustand
späteren, durch la
schlag gab Gelegenhe
bens des Kaiserhau
er Hof schickte den
vor, der wenige Tag
seinem ehemaligen I
in dem es unter an
unsere Freude und
die fernste Zukunft
das schönste Denkr
de sich der Welt ank
ste ein, durch ihre I
ke entsprechende Ki
ist in diesem Augent
wünschen, daß die
cher ohne Zweifel am
des christlichen Gedar
sind allerdings sehr
Baukomitee, dem nebe
bischof von Seckau,
ische Statthalter sov
stadt angehörten. Es
bau (an der sich auc
rar „1000 Stück D
mber 1854 abzulief
bis 31. Jänner 185
wurde o
Beiträger
sicheren S
monarchie und betrug
Gleichzeitig aber waren
kritischen Stimmen zu d
zu überhören, „daß, wie
stehen“.

Bei Konkurschluß lag
eines italienischen Grafe

4. DIE VOTIVKIRCHE

„Getrieben von individuellem Fanatismus, ohne Auftrag und verbrecherischem Raffinement“ verübte am 18. Februar 1853 der ungarische Schneidergeselle Johann Libényi ein Messerattentat auf Kaiser Franz Joseph. Die Erinnerungen an das Jahr 1848 waren noch sehr wach, in Wien herrschte nach wie vor der Belagerungszustand und der Herrscher erfreute sich keineswegs allgemein seiner späteren, durch langjährige Regierungszeit bedingten Popularität. Der Anschlag gab Gelegenheit den hervorgerufenen Schock für die Steigerung des Ansehens des Kaiserhauses zu nützen.

Der Hof schickte den sehr populären Kaiserbruder, Erzherzog Ferdinand Max vor, der wenige Tage nach dem Ereignis einen Aufruf, der wahrscheinlich von seinem ehemaligen Rechtslehrer Johann Perthaler angeregt worden war, erließ, in dem es unter anderem hieß: „Den Frevel möge ewige Nacht bedecken, doch unsere Freude und Dankbarkeit soll sich ein Denkmal gründen, welches bis in die fernste Zukunft von ihr ein würdiges Zeugnis gebe... Ein Gotteshaus wird das schönste Denkmal sein, durch welches Österreichs Dankbarkeit und Freude sich der Welt ankündigen kann. Ich wende mich daher an Alle... und lade sie ein, durch ihre Beiträge möglich zu machen, daß zu Wien eine dem Zwecke entsprechende Kirche erbaut werde. Eine nähere Andeutung über den Ort läßt in diesem Augenblicke des ersten Entwurfes sich noch nicht geben. Es ist zu wünschen, daß dieses Gotteshaus im gothischen Style errichtet werde, welcher ohne Zweifel am besten geeignet ist dem Aufschwunge und Reichthume des christlichen Gedankens durch die Baukunst einen Ausdruck zu geben. Dazu sind allerdings sehr bedeutende Summen erforderlich...“ Es bildete sich ein Baukomitee, dem neben Ferdinand Max der Fürsterzbischof von Wien, der Fürstbischof von Seckau, der Innen- und der Kultusminister, der niederösterreichische Statthalter sowie der Bürgermeister der Reichshaupt- und Residenzstadt angehörten. Es wurde eine allgemeine Ausschreibung für den Kirchenbau (an der sich auch Ausländer beteiligen konnten) verfaßt, wobei als Honorar „1000 Stück Ducaten in Gold“ für den besten der zunächst bis 1. November 1854 abzuliefernden Entwürfe vorgesehen wurde. Der Endtermin ist dann bis 31. Jänner 1855 verlängert worden. Gegen die Möglichkeit ausländischer Teilnahme wurde opponiert, da doch dieser Kirchenbau „in patriotischer Absicht aus Beiträgen des Patriotismus, in Österreich errichtet werden soll“. Die angesprochenen Spenden kamen auch zunächst aus allen Gegenden der Monarchie und betragen am 14. März 1853 schon mehr als 400.000 Gulden. Gleichzeitig aber waren, trotz unzähliger Ergebnisadressen, die vielen kritischen Stimmen zu diesem „Huldigungswerk“ des Hauses Habsburg nicht zu überhören, „daß, wie Erzherzogin Sophie sagt, einem die Haare zu Berge stehen“.

Bei Konkurschluß lagen insgesamt 75 Arbeiten vor, wobei auch Entwürfe eines italienischen Grafen, eines Baseler Mathematikdozenten und eines Mai-

länder Polizeikommissars eingelangt waren. Die Wahl des endgültigen Projektes hatte sich Erzherzog Ferdinand Max „unter dem Beirathe“ des bayerischen Königs vorbehalten und am 29. Mai 1855 erhielt der Wiener Architekt Heinrich von Ferstel (Kat. Nr. 7/1) den Zuschlag für den Bau, der in seiner Gesamtheit eine Abkehr von der Architektur vor 1848 und eine Liberalisierung der Künste dokumentieren sollte.

Die Votivkirche, heute allgemein in die Reihe der Ringstraßenbauten eingeordnet, muß richtigerweise vor die erst mit dem Schreiben vom 20. Dezember 1857 eingeleitete allgemeine Stadterweiterung gestellt werden. Schon fünf Jahre zuvor hatte Franz Joseph den Auftrag erlassen, ihm „den Entwurf einer einfachen neuen Umfassung für die zu erweiternde Innere Stadt Wien“ zu unterbreiten, wobei in der Stellungnahme des Militärs der spätere Bauplatz der Votivkirche als „in militärischer (und) finanzieller Beziehung threfflich“ bezeichnet wurde. Bauplätze beim Oberen Belvedere waren ursprünglich ebenso in Erwägung gezogen worden wie zwischen dem Schotten- und dem Fischertor. Mit kaiserlicher EntschlieÙung vom 25. Oktober 1855, nicht zuletzt auf Vorschlag des Architekten, wurde schließlich das Alserglacis für den Kirchenbau bestimmt und nachträglich, als eine der wenigen Ausnahmen in dieser Hinsicht, die „Befreiung des Bauplatzes... vom militärischen Bauverbot“ sowie die unmittelbare Nachbarschaft zum seit 1854 geplanten Universitätsneubau am 25. Februar 1856 verfügt. Zwei Monate später wurde der Bau begonnen: Die Grundsteinlegung (angeblich ein Stück vom Fels Petri in Jerusalem) erfolgte am 24. April, dem zweiten Hochzeitstag des Kaiserpaars. Man versuchte mit der Wahl dieses Datums für das Fest und auch für die Zukunft nicht den Attentatstag in den „Votiv“-Gedanken einzubinden.

Ferstel stellte sich eine Basilika mit vierjochigem Langhaus, Querschiff und einem Chor mit Umgang und Kapellenkranz sowie einer Kuppel über der Vierung vor. Obwohl die Bauhütte bei St. Stephan die Tradition der mittelalterlichen Hütten pflegte, informierte sich der Architekt bei der Kölner Bauhütte. Ferstel konnte damals keineswegs als „routinierter“ Architekt gelten, zumal der Siebenundzwanzigjährige bis zur Betrauung mit dem Kirchenbau hauptsächlich bei SchloÙbauten seine Erfahrungen gesammelt hatte. Die Berufung des langjährigen Stadtbaumeisters von Prag, Josef Kranner, zum Bauleiter bei der Votivkirche, half hier sehr.

Zwölf Jahre Bauzeit und hinlängliche finanzielle Deckung waren angenommen worden: Beides erwies sich als Täuschung. Die Kirche wurde erst nach dreiundzwanzig Jahren fertiggestellt, die Geldmittelbeschaffung wurde im Laufe der Jahre zu einem großen Problem und außerdem nahm Ferstel an seinem ursprünglichen Entwurf immer wieder Änderungen vor, was zu Verzögerungen führte. So fiel etwa mit der Zeit die geplante Kuppel weg und wurde das Langhaus verlängert, wobei der Architekt stets künstlerische Gründe für die Modifizierungen angab. Erst um 1859/60 waren die Pläne „fertig“ und ein Modell informierte die Öffentlichkeit, um die nach wie vor nicht beseitigten zahlreichen Vorurteile zu diesem „Denkmalsbau“ zu beseitigen. Anstelle eines

Netzgewölbes im Mittelhallen sind netzgewölbte Hauptportalpfeiler durch Doppelarkaden. Gewandstatuen flankieren. Neueingeführt wurde ein Spitzgiebel im Hauptgiebel von St. Stephan. Schrein vorgesehene Stelle erhielt eine Firniszone imitiert total.

Vorerst gingen die bestigte Hoffnung bestand schon 1861 erste Finanzierungsmaßnahmen der Zwischenzeit errichtenden Jahr der als Gulden aufgebraucht Schritte.

Die Gedächtniskirche religiösen Lebens in mehrle“ Angelegenheit seiner bundenheit mit der man in der zweiten Hälfte sollte hier manifestieren auch die kaiserliche Eiden engeren Bereich „I zugeordnet wird, der nachdem 1878 die Erhöhung der Aufgabenzuordnungarchie, da man außerhalb der Kirche“ wieder vertreten Freie Presse“, wo es aller, insbesondere jene Bau beteiligt haben, so als Reichsstiftung bei Angelegenheit wurde Geldzuwendungen den auf den Plan rief, die nicht verwässert wissens Kirchenschiffes, zur In den folgenden Jahren chischen Religionsfondens Verkauf der um den Plan der Stadterver

Netzgewölbes im Mittel- und Querschiff trat ein Kreuzgewölbe, nur die Turmhallen sind netzgewölbt. Die Turmwendeltreppen wurden innerhalb der Hauptportalpfeiler verlegt, nachdem sie ursprünglich mit den Seitenschiffen durch Doppelarkaden verbunden waren. Das Hauptportal sollte von je vier Gewandstatuen flankiert werden und die Szenen im Tympanon wurden geteilt. Neueingeführt wurde auch eine Dreifaltigkeitsgruppe. Die dreifach geteilten Spitzgiebel im Hauptgiebel sind in Anlehnung an das Vorbild, den Friedrichsgiebel von St. Stephan, gleich hoch ausgeführt. Die in einem rechteckigen Schrein vorgesehene Marienkrönung wird von einem Spitzbogen umrahmt. An die Stelle eines Vierungsturmes trat ein einfacher Dachreiter und das Dach selbst erhielt eine Firstzier. Der einzige Kirchenbau in der späteren Ringstraßenzone imitiert total die französische Kathedralgotik des 13. Jahrhunderts.

Vorerst gingen die Bauarbeiten zügig voran (Kat. Nr. 4/1–4/3), sodaß berechtigte Hoffnung bestand, die Termine einhalten zu können. Da zeigten sich aber schon 1861 erste Finanzierungsschwierigkeiten, man mußte um Gelder beim, in der Zwischenzeit errichteten, Stadterweiterungsfonds einkommen, da im kommenden Jahr der als Gesamtbausumme veranschlagte Betrag von 1,500.000 Gulden aufgebraucht war. Von jetzt ab nahm der Bau nur stockende Fortschritte.

Die Gedächtniskirche sollte die nach 1848 bewußt gelenkte Neubelebung des religiösen Lebens in monumentaler Form zum Ausdruck bringen, keine „lokale“ Angelegenheit sein und als „Reichsstiftung“ fungieren. Eine geistige Verbundenheit mit der mystischen Substanz der österreichischen Staatsidee, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aber nicht mehr vorhanden war, sollte hier manifestiert werden. In den Rahmen dieser Überlegungen gehört auch die kaiserliche Entschliebung vom 13. Oktober 1862 in der dem Bau über den engeren Bereich „nur“ einer Pfarrkirche die Aufgabe einer Garnisonskirche zugeordnet wird, der später noch die einer Universitätskirche folgen sollte, nachdem 1878 die Erhebung in den Rang einer Probsteikirche erfolgt war. Mit der Aufgabenzuordnung hoffte man wieder auf Spenden aus der Gesamtmonarchie, da man außerhalb Wiens den Gedanken einer „kaiserlichen Denkmalkirche“ wieder vertreten konnte. Aber trotz eines Artikels in der „Neuen Freien Presse“, wo es unter anderem hieß: „Ihre Vollendung liegt im Interesse aller, insbesondere jener östlichen Kronländer, die sich bis jetzt sehr wenig am Bau beteiligt haben, so sehr sie ein naheliegendes Interesse hätten, daß der Bau als Reichsstiftung behandelt werde“ blieben die Gelder aus und die ganze Angelegenheit wurde eine Wiens. Die Stadt war es auch, die ab 1866 durch Geldzuwendungen den Ausbau der Türme forcierte, was wiederum Puristen auf den Plan rief, die das „traditionelle System der mittelalterlichen Bauhütten nicht verwässert wissen wollten“, nach dem vor allem die Fertigstellung des Kirchenschiffes, zur Nutzung als Gottesdienstraum, gewährleistet sein sollte. In den folgenden Jahren kamen aus dem Staatsschatz und vom niederösterreichischen Religionsfonds insgesamt 690.000 Gulden, außerdem ging man an den Verkauf der um die Kirche gelegenen Gründe, die nicht in den Verbauplan der Stadterweiterung miteinbezogen waren.

1868 waren die Türme fertig, 1872 wurde die Chorpartie vollendet, Haupt- und Querschiff erhielten die Wölbung und der Bau wurde eingedeckt (Kat. Nr. 4/4). Im Jahr darauf erfolgte die Glockenweihe. Zwanzig Jahre waren seit dem Attentat vergangen und auch der Mentor des Baues war schon sechs Jahre tot, erschossen als Kaiser von Mexiko. Die Innenausstattung (ein Extraausgabeposten) fehlte noch total, obwohl auch schon hier Ferstel im Sinne des „Gesamtkunstwerkes“ Entwürfe angefertigt hatte (Kat. Nr. 4/8). Die plastische Ausschmückung und Ausmalung der Kirche gingen Hand in Hand mit dem Bau (Kat. Nr. 4/5, 4/6). Hier arbeiteten Künstler, die auch anderweitig das Bild der Ringstraße mitprägten, wie etwa Josef Gasser, Mathias Purkarthofer und Victor Tilgner, um nur einige zu nennen, wobei letzterer das Reliefforträt Ferstels auf der Kanzel schaffen sollte.

Am Tag der silbernen Hochzeit Elisabeths und Franz Josephs (24. April 1879) fand die Weihe des Baues statt, der bis dahin 2,5 Millionen Gulden mehr gekostet hatte, als ursprünglich vorgesehen war.

Zahlreiche Plastiken und Glasfenster erinnern an Gott, Kaiser und Vaterland. Die diversen Landespatrone an der Hauptfassade, die Wappen der Länder und Provinzen im Langhaus, aber auch historische Familien- und einfach „Anspruchs“-Wappen sollten dem Werk die nötigen Schwerpunkte verleihen, aber doch erlangte die Votivkirche nie die Bedeutung, die etwa Mariazell hatte, das „den österreichischen Staatsgedanken mystisch verklärt und der marianischen Idee einbaut“ und in seiner „organischen Gewachsenheit und erlebnismäßigen Echtheit den stärksten Gegensatz zur Votivkirche“ bildet, „die doch in gleicher Weise ein Denkmal österreichischer Staatsmystik hätte werden sollen“. Da nützte auch nichts das „Kaiserfenster“, das Franz Joseph mit seinem Namenspatron Franziskus vor der Madonna, ferner Josef, den zweiten Patron und den Erzengel Michael, der den Drachen als Symbol der den Kaiser bedrohenden Mordgefahr zeigt und das als einziges Fenster nach der Zerstörung sämtlicher anderer Glasgemälde, nach 1945 rekonstruiert wurde. Im „Ferdinand-Max-Fenster“ wurde der Erzherzog mit dem Plan der Kirche gezeigt und wie er die durch Mädchengestalten allegorisierten Nationen zum Bau aufruft. Kirchliche und weltliche Ikonographie verschmolzen hier sehr stark und auch noch die neuen Fenster nach dem zweiten Weltkrieg zeigen Personen und Ereignisse aus der Geschichte Österreichs als „eines christlichen Staates“.

Relativ früh war der Ruf nach einem österreichischen Pantheon, einer Wiener Westminster Abbey, im Zusammenhang mit der Votivkirche erklungen und als ein sichtbares (erstes und einziges) Zeichen derartiger Pläne wurde 1879 in der Taufkapelle der Sarkophag des Niklas Salm, Verteidiger Wiens gegen die Türken 1529, aufgestellt, der aus der seinerzeit aufgelassenen Dorotheerklosterkirche stammte. Im selben Jahr ventilierte man auch den Gedanken, die sterblichen Überreste Beethovens, Schuberts und Grillparzers aus dem eben aufgelassenen Währinger Friedhof in die neue Kirche zu überführen. Und schon sieben Jahre zuvor dachte man daran, ein zu errichtendes Tegethoff-Denkmal in die Rasenanlage vor der Votivkirche zu stellen und so eine Verbin-

dung Monument – (C Ferstel, der den Blick

So steht heute der witterung neigt, als Kapellenkreuz, mit Helmen. Im Inneren den kaiserlichen „Innerrät (Kat. Nr. 4/7) an c nis darstellend, war Mosaikfabrik. Der eben flämische Schnitzarbo Franz Josephs. Ergän heutigen Roosevelt-Pl

Ein letztes Mal sch Neubelebung der Den Zeitungsbericht beklagte, der man durch l könne. Warum dieses wurde, lag sicherlich i wußtseins. Ohne Zwei tung eines Monuments und das dauernd schw die Votivkirche als Der Anliegen der Metropol

Beinahe wäre, über auf dessen Landsitz ent war nicht abgeneigt, ak werden – so blieb der V von Ferstel ausgeführt

QUELLEN

AVA, Stadterweiterungspläne
AVA, Plansammlung, A-I

LITERATUR

Heinrich von FERSTEL
81. Sonderausstellung
Michael GÖBL *Die Pläne
tungsarchiv in Mitteilun-
und 40* (Wien 1987) 38
Walter HANSEN hg. u. b.
18. Februar 1853. (Pfa
Hanns Leo MIKOLETZKY
Lorenz MIKOLETZKY Pf
Kurt MOLIK–Hermann F
Wiener Ringstraßenzo
Wiesbaden 1980).

dung Monument – Gedenkraum herzustellen. Diese Idee wurde jedoch von Ferstel, der den Blick auf die Fassade freihalten wollte, abgelehnt.

So steht heute der Quaderbau aus grauem Leitha-Kalkstein, der zur Verwitterung neigt, als dreischiffige Basilika mit Querhaus, Chorumgang und Kapellenkreuz, mit zwei 99 m hohen Türmen mit zierlich durchbrochenen Helmen. Im Inneren erinnern ein Altar der Mutter Gottes von Guadalupe an den kaiserlichen „Initiator“ und so manches von Ferstel entworfenes Altargerät (Kat. Nr. 4/7) an die Grundidee. Der Hochaltar, die unbefleckte Empfängnis darstellend, war ein Geschenk Pius IX. und stammt aus der päpstlichen Mosaikfabrik. Der ebenfalls in der Kirche aufgestellte Antwerpener Altar, eine flämische Schnitzarbeit aus dem 15. Jahrhundert, ist eine Schenkung Kaiser Franz Josephs. Ergänzend zum Kirchenbau errichtete Ferstel auch (auf dem heutigen Roosevelt-Platz) den Pfarrhof (Kat. Nr. 4/9).

Ein letztes Mal scheinen in den neunziger Jahren Bemühungen um eine Neubelebung der Denkmalidee in Gang gekommen zu sein. 1893 wird in einem Zeitungsbericht beklagt, daß es der Votivkirche an „historischer Atmosphäre“ fehle, der man durch Installierung eines österreichischen Pantheons begegnen könne. Warum dieses Jahrzehnte alte Konzept auch später nicht verwirklicht wurde, lag sicherlich in der dauernden Krise des österreichischen Nationalbewußtseins. Ohne Zweifel hätte die Auswahl der Personen, die für die Errichtung eines Monuments in Frage gekommen wären, politische Brisanz besessen und das dauernd schwelende Nationalitätenproblem zusätzlich belastet, denn die Votivkirche als Denkmal zur Errettung des Kaisers war von Anfang an ein Anliegen der Metropole gewesen.

Beinahe wäre, über Wunsch eines englischen Gutsbesitzers, eine Doublette auf dessen Landsitz entstanden: zwei Votivkirchen von einem Künstler. Ferstel war nicht abgeneigt, aber verschiedenste Umstände ließen aus dem Plan nichts werden – so blieb der Wiener monumentale Sakralbau der einzige von Heinrich von Ferstel ausgeführte.

QUELLEN

AVA, Stadterweiterungsfonds, Sign. 23.
AVA, Plansammlung, A-II-c/1.

LITERATUR

- Heinrich von FERSTEL (1828–1883). *Bauten und Projekte für Wien* (= *Katalog der 81. Sonderausstellung des Historischen Museums der Stadt Wien*, Wien 1983).
Michael GÖBL *Die Pläne des Architekten Heinrich von Ferstel im Allgemeinen Verwaltungsarchiv in Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs* 38 (Wien 1985) 412 ff. und 40 (Wien 1987) 380 ff.
Walter HANSEN hg. u. bearb. *Das Attentat auf Se. Majestät Kaiser Franz Joseph I. am 18. Februar 1853*. (Pfaffenhofen 1978).
Hanns Leo MIKOLETZKY *Österreich. Das entscheidende 19. Jahrhundert* (Wien 1972).
Lorenz MIKOLETZKY *Pfarrkirche Franz von Assisi. Wien VIII Breitenfeld* (Wien 1976).
Kurt MOLIK–Hermann REINING–Rudolf WURZER *Planung und Verwirklichung der Wiener Ringstraßenzone* (= *Die Wiener Ringstraße – Bild einer Epoche III/Text*, Wiesbaden 1980).

Alfred MISSONG *Heiliges Wien* (Wien 1970).
Norbert WIBIRAL und Renata MIKULA *Heinrich von Ferstel* (= *Die Wiener Ringstraße*
– *Bild einer Epoche VIII/3*, Wiesbaden 1974).
Verschiedenste zeitgenössische Zeitungen.

OBJEKTDESCHEIBE

- 4/1
Votivkirche, Zustand
Aus der photographis
Wien, 48,5 × 58,5 cm.
AVA, Plansammlung,
- 4/2
Votivkirche, Zustand I
Aus der photographis
Wien, 48,5 × 58,5 cm.
AVA, Plansammlung, I
- 4/3
Votivkirche, Zustand I
Aus der photographis
Wien, 48,5 × 58,5 cm.
AVA, Plansammlung, I
- 4/4
Votivkirche, im Endsta
Photographie. K. K. H
bauges. Wien, 41 × 50 c
AVA, Plansammlung, A
- 4/5
Verschiedene Fußboden
Kolorierte Zeichnung, 6
AVA, Plansammlung, A
- 4/6
Fußbodenentwurf.
Kolorierte Zeichnung, 3
AVA, Plansammlung, A
- 4/7
Leuchter am Seitenalta
Bleistift, 59 × 41 cm, re
AVA, Plansammlung, A-
- 4/8
Gitter um die Kanzel in
rath Ritter v. Ferstel aus
structeur in Wien.

OBJEKTDESCHEIBUNGEN

4/1

Votivkirche, Zustand Baujahr 1858. Teil des aufgemauerten Chores.

Aus der photographischen Abteilung der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien, 48,5 × 58,5 cm.

AVA, Plansammlung, A-II-c/1.

4/2

Votivkirche, Zustand Baujahr 1859. Südliche Chorfassade.

Aus der photographischen Abteilung der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien, 48,5 × 58,5 cm.

AVA, Plansammlung, A-II-c/1.

4/3

Votivkirche, Zustand Baujahr 1860. Südfassade, vorderer Kirchenschiffsteil.

Aus der photographischen Abteilung der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien, 48,5 × 58,5 cm.

AVA, Plansammlung, A-II-c/1.

4/4

Votivkirche, im Endstadium der Fertigstellung.

Photographie. K. K. Hof-Photograph J. Löwy, Weihburgg. 31. K. K. Gartenbauges. Wien, 41 × 50 cm.

AVA, Plansammlung, A-II-c/1.

4/5

Verschiedene Fußbodenentwürfe.

Kolorierte Zeichnung, 61,8 × 84 cm.

AVA, Plansammlung, A-II-c/1.

4/6

Fußbodenentwurf.

Kolorierte Zeichnung, 30 × 30 cm.

AVA, Plansammlung, A-II-c/1.

4/7

Leuchter am Seitenaltar. Vorderansicht und Draufsicht eines Fußes.

Bleistift, 59 × 41 cm, rechts unten signiert „Ferstel 11. Jan. 1879“.

AVA, Plansammlung, A-II-c/1.

(Abb. 5)

4/8

Gitter um die Kanzel in der Votivkirche, entworfen vom Herrn k. k. Oberbau-rath Ritter v. Ferstel ausgeführt von Jg. Gridl, k. k. Hofschlosser & Eisencon-structeur in Wien.

Photographie. K. K. Hof-Photograph J. Löwy, Weihburgg. 31. K. K. Gartenbauges. Wien, 43,5 × 32,5 cm.

AVA, Plansammlung, A-II-c/1.

4/9

Facade des Pfarrhofes mit den beiden Nachbarhäusern.

Kolorierte Zeichnung, 53 × 79 cm, rechts unten signiert „Ferstel Juli 1877“.

AVA, Plansammlung, A-II-c/1.

(Abb. 6)

LORENZ MIKOLETZ

5. DAS PARLAM

Die militärische Niederlage bei Solferino wirkte auf die Habsburgerstaates. Daß wie bisher weiterwirkend streit kam, der den Ruf Vor allem in den östlichen Konstitutionalismus vorantrieb. Am 20. Oktober 1860 das Reich auf sächsischer Weise einen Reichstag einzuschließen und dem Reichsrat die sächsischen Angelegenheiten zu übertragen. Im Jahre 1861 erhielt der Staat den Weg des „Parlamentarismus“ durch die Staatsurkunden noch lebendigen Leben gerufenen Reiches.

Daß sich die Staatsform des Hauses für die neue Inszenierung geschichtlichen Entwicklung in Kremsier 1848. In der Tat praktisch kam der Reichsrat erst im Jahre 1861 zustande. So blieb es bis zum Jahre 1861 einem aus Brettern errichteten Gebäude in der Währinger Straße und dem Jahre 1861 in der Herrngasse zusammengebaut. In der „Stadt Wien“ nach 1857 vordem die beiden Häuser auf dem Gelände zu errichten, an der Stelle des alten Hofes hinstellen wollte (Kat. Nr. 1861). In der folgenden Einigung zwischen dem Reichsrat und dem Kaiser eingeladen, Pläne für ein neues Herrenhaus auszuarbeiten. In der Verfassung vorgesehen: Das Abgeordnetehaus für die bildenden Künste steht, das Reichsrat Palais Epstein (heute Staatsoper) an. In der Weise wurden diese beiden Häuser in der Weise der sich mit anderen Reichsratsmitgliedern im Jahre 1864 beteiligt hatte. In der Ausstellung der Entwürfe für ein neues Reichsratsgebäude in seiner Form der „römischen Republik“ bezogen auf die Monarchie mit dem S

5. DAS PARLAMENT

Die militärische Niederlage Österreichs gegen Sardinien am 24. Juni 1859 bei Solferino wirkte auch nachhaltig erschütternd auf die Innenpolitik des Habsburgerstaates. Das absolutistische System konnte einfach nicht mehr so wie bisher weiterwirken, wozu auch der sich verschärfende Nationalitätenstreit kam, der den Ruf nach Neuordnung des Staates noch lauter werden ließ. Vor allem in den österreichischen Kronländern mußte eine Wendung zum Konstitutionalismus versucht werden. Und so verkündete die Regierung am 20. Oktober 1860 das „Oktoberdiplom“, das in gesamtstaatlicher-zentralistischer Weise einen Reichsrat vorsah, der auch die Länder der Stephanskronen einschließen und dem vor allem die Gesetzgebung in fiskalischen und militärischen Angelegenheiten obliegen sollte. Mit dem „Februarpatent“ des folgenden Jahres erhielt der Staatsumbau eine „endgültige“ Fassung und begann damit den Weg des „Parlamentarismus“ zu beschreiten, der trotz dieser beiden Staatsurkunden noch lange und beschwerlich sein sollte. Für den nunmehr ins Leben gerufenen Reichsrat benötigte man aber auch ein Gebäude.

Daß sich die Staatsführung sehr lange nicht zur Errichtung eines eigenen Hauses für die neue Institution entschließen konnte, lag wohl zum Teil an der geschichtlichen Entwicklung: Fand doch die erste parlamentarische Versammlung in Kremsier 1848/49 nach verhältnismäßig kurzer Zeit ihr Ende und praktisch kam der 1861 für die Gesamtmonarchie vorgesehene Reichsrat auch nie zustande. So blieb es vorerst bei Provisorien, wobei die Abgeordneten in einem aus Brettern errichteten Bau („Schmerlingtheater“) nahe der heutigen Währinger Straße und das Herrenhaus bei den niederösterreichischen Ständen in der Herrngasse zusammenkamen. Im Zuge der „Erweiterung der Inneren Stadt Wien“ nach 1857 wurde im Laufe der Jahre auch ein Plan diskutiert, für die beiden Häuser auf dem Paradeplatz des Glacis ein gemeinsames Gebäude zu errichten, an der Stelle, wo jedoch die Stadt Wien ihr neues Rathaus hinstellen wollte (Kat. Nr. 5/1, 5/3). Trotz einer vorerst nicht möglich erscheinenden Einigung zwischen Staat und Magistrat wurden 1864 Architekten eingeladen, Pläne für ein Abgeordneten- und ein getrennt davon zu errichtendes Herrenhaus auszuarbeiten (Kat. Nr. 5/5). Als Bauplätze waren damals vorgesehen: Das Abgeordnetenhaus an der Stelle, wo heute die Akademie der bildenden Künste steht, das Herrenhaus ungefähr an dem Platz, wo später das Palais Epstein (heute Stadtschulratsgebäude) errichtet wurde – interessanterweise wurden diese beiden Bauten dann auch von Theophil Hansen errichtet, der sich mit anderen Ringstraßenarchitekten schon an der ersten Planung im Jahr 1864 beteiligt hatte. Nach diesem Concours wurde jedoch lediglich eine Ausstellung der Entwürfe veranstaltet, wobei sich der dänische Künstler mit seiner Form der „römischen Renaissance“ für das Abgeordnetenhaus auf die römische Republik bezog und die Rolle des Herrenhauses in der konstitutionellen Monarchie mit dem Stil griechischer Demokratie gleichsetzte. Dieses Ge-

schichtsbild, das zu einer Staffelung der Stile nach Würdigung führt, bei der der griechische Stil offensichtlich den ersten Platz einnimmt, war den Zeitgenossen nicht fremd, aber es war nicht zuletzt Hansens starkes Eintreten für das Griechische, welches schließlich eine allgemeine Diskussion zu dessen Gunsten in Gang brachte. Vorerst aber wurde der „Kammernbau“ staatlicherseits ad acta gelegt und mit der Zeit rückte man auch aus ökonomischen Gründen von der Idee ab, zwei getrennte Gebäude zu errichten, zumal immer mehr der heutige Standort des Parlaments in den Vordergrund der Überlegungen trat. Einige Architekten, darunter Moriz von Löhr, der selbst 1860 einen Entwurf vorgelegt hatte (Kat. Nr. 5/4), wendeten sich dagegen, daß drei so riesige öffentliche Gebäude, wie Rathaus, Universität und Parlament so eng nebeneinander stehen sollten, darüber hinaus wurde auch eine „Veränderung“ der Ringstraße durch eine derartige Aneinanderreihung befürchtet. Vorschläge über Vorschläge langten ein: Der Magistrat bot die Stelle an, an der heute das Rathaus steht, die Universität wiederum wollte dort ihren Neubau situiert sehen.

Schließlich einigte man sich auf den heutigen Standort und im Juni 1874 konnte der erste Spatenstich erfolgen, im September desselben Jahres die Grundsteinlegung. 1871 hatte nämlich Theophil Hansen über Aufforderung des Innenministers (und möglicherweise persönlichen Wunsch Kaiser Franz Josephs) seine Planskizzen für ein vereinigtes Reichsratsgebäude nach zweijähriger Ausarbeitungszeit vorgelegt. Dieser erste Entwurf blieb trotz reger Diskussion und der einen oder anderen Änderung im großen und ganzen verbindlich.

Dem Architekten stand eben so viel Bauareal (Kat. Nr. 5/8) zur Verfügung wie Ferstel für die Universität und doch wurden nur drei Viertel verbaut, das letzte Viertel für die Auffahrtsrampe mit dem großen Brunnen verwendet, welche von Anfang an ein integrierender Bestandteil von Hansens Entwurf waren, wie auch schon aus der seinerzeitigen Planung von 1865 ersichtlich ist (Kat. Nr. 5/7). Der Baukünstler war bestrebt, das Gebäude von der Ringstraße abzurücken, um der Front von allen Seiten eine gute Blickperspektive bieten zu können. Hansen persönlich sah dieses Unternehmen als die führende Bauaufgabe der Zeit mit den höchsten monumentalen Ansprüchen eines Gesamtkunstwerkes und vertrat auch bei der Letztplanung die Meinung, den „classischen Stil hellenischer Blütezeit“ in Anwendung bringen zu müssen, denn „die Hellenen waren das erste Volk, welches die Freiheit und Gesetzmäßigkeit über alles liebte, und ihr Styl ist auch derjenige, welcher neben der größten Strenge und Gesetzmäßigkeit zugleich die größte Freiheit in der Entwicklung zuläßt“, wobei hier des Künstlers griechische Eindrücke anlässlich seines Athener Aufenthaltes in den Jahren 1838–1846 eine große Rolle spielten.

Beim Bau standen weiters patriotische und volkswirtschaftliche Überlegungen im Vordergrund, da darauf geachtet wurde, nach Möglichkeit inländische Materialien aus allen Teilen der österreichischen Reichshälfte zu verwenden, was jedoch nicht immer möglich war. Wenn der Kaiser anlässlich einer Besichtigung 1884 nicht nur die Leistungen des österreichischen Gewerbes lobte,

sondern sich darüber verwendet worden w
Carrara-Marmor wur
sich beim Parlament
monumentales Kunst
keine genaue Kostenb
lich der ornamentaler
Gulden für das Parlam
Ausstattung stand, bel

Der Vertrag mit Ha
Bausumme vor, außer
1880 und die Fertigste
Karststein) Ausgestalt
dem Innenministerium
die weitere Vorgangsv
Bauleiter auseinander
reif gemacht (Kat. Nr
Gleichfeier statt, wo
die Baustelle besuchte
repräsentativen, stark
strapazierfähiger wäre
entfernt zu sein, „dek
den“. Er rechnete für
denen Gipsabgüsse „zi
rung des Gebäudes bis
Weise könnten zunäch
stellt und das Äußere
Ausführung der rückw
der Rampe und der n
Inneren und die Histor
werden. Vor Ende 1882
versuchte den gesamt
rasch in einen, wenn a
künstlerischen Vorstel
Von Regierungsseite w
stellung bis 1883 zu g
1883 fand die erste §
16. Dezember die erste
aber unter einem Dach
durch den Bauleiter a
Vollendung und Aufste
die jedoch teilweise sc
erst nach Hansens Tod
Rossebändigergruppen
sich bis zum Ersten W

sondern sich darüber hinaus befriedigt zeigte, daß nur inländisches Material verwendet worden war, so war er nicht richtig informiert worden: auch Carrara-Marmor wurde verwendet. Der allgemeine Aufwand war groß, da es sich beim Parlament nicht um ein „gewöhnliches Bauwerk sondern um ein monumentales Kunstwerk“ handelte. Aus diesen Gründen war anfangs auch keine genaue Kostenberechnung möglich. Ohne Plastiken, jedoch einschließlich der ornamentalen Bildhauerarbeiten wurden ungefähr sieben Millionen Gulden für das Parlament vorgesehen. Als der Bau 1884 ohne die künstlerische Ausstattung stand, beliefen sich die Kosten schon auf zwölf Millionen Gulden.

Der Vertrag mit Hansen (1874) sah für diesen ein Honorar von 4½% der Bausumme vor, außerdem die Benützbarkeit des Objektes bis längstens Juni 1880 und die Fertigstellung der inneren (mit Marmor) und äußeren (Granit und Karststein) Ausgestaltung bis Juni 1882. Ein Baukomitee mit Vertretern aus dem Innenministerium sowie dem Herren- und dem Abgeordnetenhaus war für die weitere Vorgangsweise verantwortlich und mit ihm hatte sich Hansen als Bauleiter auseinandersetzen. Ab Frühsommer 1873 wurde das Gelände baureif gemacht (Kat. Nr. 5/9) und sechs Jahre später fand Ende August die Gleichfeier statt, worauf Franz Joseph und sein Ministerpräsident erstmals die Baustelle besuchten. Bei der Innenausstattung wollte der Architekt für alle repräsentativen, stark beanspruchten Räume Stuccolustro, weil dieser viel strapazierfähiger wäre als einfache Bemalung. Hansen versicherte, weit davon entfernt zu sein, „dekorativen Prunk an ungerechtfertigter Stelle anzuwenden“. Er rechnete für die Plastiken und Friese vorerst mit Modellen, nach denen Gipsabgüsse „zur künstlichen Beurteilung und provisorischen Dekoration des Gebäudes bis zur Vollendung aufgestellt werden müssen“. Auf diese Weise könnten zunächst die Sitzungssäle zur definitiven Benützung bereitgestellt und das Äußere der Würde des Hauses gemäß dekoriert werden. Die Ausführung der rückwärtigen Fassade in Marmor, die figuralen Skulpturen an der Rampe und der monumentale Brunnen, dann die Bildhauerarbeiten im Inneren und die Historienmalereien sollten anschließend in Angriff genommen werden. Vor Ende 1882 schien eine definitive Benützung nicht möglich. Hansen versuchte den gesamten Bau und die wesentlichsten Innenräume möglichst rasch in einen, wenn auch provisorischen, Endzustand zu versetzen, der seinen künstlerischen Vorstellungen möglichst nahekommen sollte (Kat. Nr. 5/11). Von Regierungsseite wurde der Architekt ab Herbst 1882 gedrängt, die Fertigstellung bis 1883 zu gewährleisten. Hansen schaffte es und am 4. Dezember 1883 fand die erste Sitzung des Abgeordnetenhauses, ein Jahr später am 16. Dezember die erste im Herrenhaus, jeweils in den dazu bestimmten Sälen, aber unter einem Dach, statt. Im April 1884 fand die Übergabe des Gebäudes durch den Bauleiter an den Staat statt. In diesem Jahr fehlten nur mehr die Vollendung und Aufstellung der Skulpturen sowie die malerische Ausstattung, die jedoch teilweise schon begonnen hatte, sowie der Brunnen. Dieser wurde erst nach Hansens Tod 1902 von Carl Kundmann fertiggestellt, ebenso wie die Rossebändigergruppen (1899) und so manches Detail der Ausgestaltung, die sich bis zum Ersten Weltkrieg hinziehen sollte.

Der heutige Sitz des National- und Bundesrates, nach großen Kriegsschäden (1945) bis 1956 wieder restauriert, gehört nach wie vor in seiner baulichen Demonstration von Einheit in Vielheit sowie umgekehrt von Vielheit in Einheit – wie dies der Situation des Vielvölkerstaates zur Zeit der Erbauung entsprach – zu den bedeutendsten Architekturleistungen im Bereich der Ringstraße. Die zweigeschossige Anlage (mit erhöhten Flügelbauten und vier pavillonartig vorspringenden Eckrisaliten) (Kat. Nr. 5/6) scheint auf einem Hügel zu liegen, eine Ansicht, die durch die vorgebaute Rampe dem Betrachter suggeriert wird. Rechts und links befinden sich annähernd würfelförmige Saalbauten, zwischen denen sich ein langgezogener Giebelbau erstreckt, und die mehrere Höfe umschließen. Der Mittelrisalit wird nicht nur durch die doppelläufige Auffahrtsrampe sondern auch einen achtsäuligen Portikus betont. Die Flügelbauten besitzen zum Schmerlingplatz bzw. zum Rathausplatz hin Mittelrisalite mit Korenvorhallen (Erinnerungen Hansens an das Erechteion in Athen). Das gesamte Hauptgeschoß verfügt über korinthische Säulen- und Pilasterordnungen. Mit der Plazierung griechischer Geschichtsschreiber (Thukydides, Xenophon, Herodot und Polybios) auf der linken Seite und ihrer römischen „Kollegen“ (Livius, Tacitus, Sallust und Caesar) auf der rechten Seite der Rampe, wollte Hansen, sein figürliches Programm für den Parlamentsbau durchführend, den Abgeordneten beider Häuser bewußt machen, daß Ihre Tätigkeit auch von den Historikern beurteilt würde. Ist schon dieser Aufgang ein Meisterstück, wozu selbstverständlich die den Portikus bekrönende Attika, die Franz Joseph als römischen Imperator zeigt, wie er die Kronländer gleichsam einlädt, mit ihm zu regieren, gehört, so sind es erst recht die auf den Saalbauten aufgesetzten, aus Bronze gegossenen, acht Quadrigen. Die Symbolik der sehr reich mit figuralem Schmuck ausgestatteten Attiken wird durch Marmorstatuen und Reliefs, die berühmte Männer des Altertums und ihre Taten darstellen, ergänzt. Diese Arbeiten wurden auch nach Hansens Ideen von verschiedensten Plastikern der „Ringstraßenära“ ausgeführt, unter anderem von Richard Kaufungen, Victor Tilgner, Edmund Hellmer und Hugo Härdtl. Auch im Inneren des Gebäudes wurde nicht an Ideen und glanzvoller Ausführung gespart, weder bei der großen Säulenhalle (40 × 23 Meter, mit 24 korinthischen Säulen), noch bei den Empfangssalons, den Sitzungssälen beider Häuser sowie den verschiedenen Vestibülen mit den zahlreichen Skulpturen (Städten und Flüßen der Monarchie, Allegorien der einzelnen Ministerien, aber auch Büsten von Politikern) und den mannigfachen Friesgemälden.

Theophil Hansen hatte den griechischen Stil gewählt, da dessen einfache, reine Formen und schönen, edlen Verhältnisse, die sich durch Jahrtausende bewährt hätten, „die Bürgschaften in sich tragen, über alle kommenden Geschmacksveränderungen und Stilverwirrungen erhaben zu bleiben, weil zu einem Parlamentshaus nur ein Stil, in welchem jede Subjektivität ausgeschlossen scheint, würdig genug ist“. Von Anfang an waren Wien und seine Bevölkerung von diesem „Reichsraths-Bau“ begeistert, auf den auch verschiedenste Verse gemacht wurden, darunter eine „Dichtung“ aus dem Jahr 1890:

„Hoch auf strebt in
Den er im Styl der F
Schöpferisch hat hie
Österreich's edlen V
Ihr, des Volkes Erko
Blicket um euch in c
Wenn im Strome de
Kämpfet, kränket, v
Haltet Maß in den F
Denkt, daß als Gott
Schöneres zeigt nich
Liebe in Freiheit fül
Eines glücklichen St
Alles Gemeine und I
Leuchtend im Einkl
Meister Hansen, so v
Dem „Meister“ sel
gewidmet.

QUELLEN

AVA, Reichsratsgebäude
AVA, Plansammlung A

LITERATUR

Hanns Leo MIKOLETZ
*Das österreichische Pa
mentsgebäudes* hg.
REICH (Wien 1984)
Renate WAGNER-RIE
*Wiener Ringstraße -
Erich ZÖLLNER Gesc.
1990).*
Verschiedene zeitgenös

„Hoch auf strebt in die Lüfte Hansen's Palast, wie ein Märchen,
Den er im Styl der Hellenen, hier für den Reichsrath erbaute,
Schöpferisch hat hier errichtet, in den Steinen ein Dichter,
Österreich's edlen Völkern für ein Jahrtausend ein Denkmal...
Ihr, des Volkes Erkor'ne, oder vom Herrscher Erwählte,
Blicket um euch in den Räumen, Eurer Berathung bestimmt, ...
Wenn im Strome der Rede, euer Geist ohne Fessel,
Kämpfet, kränket, verwundet, mit vergifteten Pfeilen,
Haltet Maß in den Formen, auch wo ihr tadelt und streitet,
Denkt, daß als Gottes Söhne ewig ihr flieht das Gemeine...
Schöneres zeigt nicht die Welt, als Völker und Herrscher geeinigt,
Liebe in Freiheit führend, zu der höchsten Vollendung
Eines glücklichen Staat's, bewohnt von glücklichen Menschen,
Alles Gemeine und Böse, gefesselt durch die Macht des Gesetzes,
Leuchtend im Einklang des Schönen, den Menschen als Lehre und Beispiel,
Meister Hansen, so wirke dein Bau auf die Herzen der Menschen!“

Dem „Meister“ selbst wurde rechts vom Haupttor des Parlaments eine Büste gewidmet.

QUELLEN

AVA, Reichsratsgebäude, Bau- bzw. Gebäudeinspektorat 1878 ff.
AVA, Plansammlung A-II-d/162.

LITERATUR

Hanns Leo MIKOLETZKY *Österreich. Das entscheidende 19. Jahrhundert* (Wien 1972).
Das österreichische Parlament. Zum Jubiläum des 100jährigen Bestandes des Parlamentsgebäudes hg. v. der PARLAMENTSDIREKTION DER REPUBLIK ÖSTERREICH (Wien 1984).

Renate WAGNER-RIEGER und Mara REISSBERGER, *Theophil von Hansen (= Die Wiener Ringstraße – Bild einer Epoche VIII/4)*, Wiesbaden 1980).

Erich ZÖLLNER *Geschichte Österreichs. Von den Anfängen bis zur Gegenwart* (Wien 1990).

Verschiedene zeitgenössische Zeitungen.